

Metallarbeiter-Zeitung

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN METALLARBEITER-VERBANDES

Bezugspreis: Monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkassa der D. M. V., Berlin Nr. 138 262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes,
Berlin Nr. 121 218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung u. Versandstelle: Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Ihr Opfer

„Es ist durchgesickert, daß die Großbanken die Gehälter und, wie es heißt, auch die Gesamteinkünfte aller derjenigen ihrer mittleren und oberen Beamten zu senken beabsichtigen, die nicht nach Tarif bezahlt werden. Es ist — unter der Hand wenigstens — versichert worden, daß dieser Gehaltsabbau auch vor den obersten Spitzen der Bankleitungen, und gerade vor ihnen nicht haltmachen würde.“

So berichtete das Berliner Tageblatt am 1. November. Wie man sieht, ist die Mitteilung in eine sehr vorsichtige Form gekleidet. „Es ist durchgesickert“; „unter der Hand ist versichert worden“. Demnach mag das vielleicht nur ein Gerücht sein, das ausgesprengt wurde, um die Aufregung der unteren Bank- und sonstigen Beamten ein wenig zu beruhigen, bei denen der Gehaltsabbau bekanntlich schon seit Jahren nicht bloß „beabsichtigt“, sondern rücksichtslos durchgeführt worden ist. Möglicherweise also ist die Nachricht überhaupt nicht wahr, sondern nur Sand für die Augen der Öffentlichkeit. Wenn nachher, wie beim Preisabbau, nichts daraus wird — es ist ja niemand für die Verbreitung des Gerüchts verantwortlich. Jedem, setzen wir einmal den Fall, sie sei wahr. Setzen wir den Fall, die Banken — nur von den Banken ist die Rede, nicht etwa von den Gehältern der Fabrikdirektoren usw., die ja auch in die Hunderttausende gehen — gingen wirklich den Riesengehältern ihrer Direktoren, Vorstände usw. zuleibe, so ist von vornherein festzuhalten: seit vielen Jahren dauert nun schon die Not der deutschen Wirtschaft; seit 1925 geht die Zahl der deutschen Arbeitslosen in die Millionen; seit 1919 wird über zu hohe Selbstkosten der deutschen Wirtschaft und infolgedessen über mangelnde Kapitalbildung geklagt. Ehenso lange hat die Arbeiterpresse auf die kolossalen Summen hingewiesen, die die deutschen „Wirtschaftsführer“ in ihre privaten Taschen stecken. Und jetzt erst, nachdem man den Arbeitern und Angestellten schon jahrelang ihre Hungerlöhne immer und immer wieder gekürzt hat, jetzt erst unternimmt man den ersten schüchternen Versuch, denen die Einkünfte etwas zu beschneiden, die es am ersten ertragen könnten.

Es ist nun weiter als ziemlich sicher anzunehmen, daß der Versuch von vornherein im Sande stecken bleiben wird. Denn, wie das BT ganz richtig betont, die Herrschaften, von denen da die Rede ist, sind ja nur der Form nach „Angestellte“ oder „Beamte“; in Wahrheit sind sie die eigentlichen Inhaber der Betriebe und haben sich ihre riesigen „Gehälter“ selbst bewilligt. Wenn ihnen also ernst ist mit der Kürzung, was braucht da geheimnisvoller Machenschaften, Gerüchte und dergleichen? Sie brauchen keine Tarife zu kündigen, nicht einmal Einzelanstellungsverträge, sie können von heute auf morgen bestimmen, daß sie sich entsprechend weniger aus der Kasse des Unternehmens nehmen wollen. Warum tun sie das nicht einfach und gerade heraus?

Doch setzen wir auch diesen Zweifel beiseite und nehmen wir an, die „Lohnkürzung“ werde wirklich durchgeführt. Wie sieht sie dann aus?

Noch nie und nirgends ist bisher gesagt worden, wie groß der Abbau sein soll. Bei den Ministern und Abgeordneten hat man inzwischen 20 vH einbehalten, und mehr werden auch die Bankdirektoren sicher nicht hergeben wollen. Aber seien wir großzügig und rechnen wir mit 50 vH.

Nun beziehen die Bankdirektoren ihre Einkünfte in der Regel aus dreierlei Quellen, aus Gehalt, Anteil (Tantieme) aus den Einnahmen des eigenen Unternehmens und von den Bezügen als Aufsichtsräte in anderen Unternehmungen. Rechnet man das alles zusammen, so ergibt sich, daß der Reichsbankpräsident mit seinen lumpigen 340 000 (dreihundertvierzigtausend) Mark jährlich ein wahrer Prolet unter den Bankdirektoren ist. Die meisten von ihnen haben 600- bis 800 000 M im Jahr. Herr Jakob Goldschmidt von der Darmstädter und Nationalbank werden 1 200 000 M jährlicher Einkünfte nachgesagt. Er soll allerdings nicht weniger als 94 Aufsichtsratsposten bekleiden. Wie er das bloß fertigbringt, neben der Leitung der eigenen Riesbank noch 94 fremde Betriebe zu „beaufsichtigen“? — Im übrigen wissen die Leser der Metallarbeiter-Zeitung, daß auch in Industriebetrieben die „Entlohnung“ von Direktoren mit 300- bis 500 000 M im Jahr keine Seltenheit ist.

Angenommen nun, so einem „mittleren“ oder „kleinen“ Bankdirektor werden von seinen, sagen wir 200 000 M 50 vH gekürzt, so behält der arme Kerl nur noch hunderttausend Mark im Jahr übrig. Wie soll er davon leben? Wo soll ihm Lust und Liebe zur Arbeit herkommen, zur „verantwortungsbewußten Wirtschaftsführung“, wenn er dermaßen von der Sorge ums tägliche Brot geplagt wird?

Da ist ein Berliner Metallarbeiter doch ein ganz anderer Kerl. Der hat heutzutage meist seine 40 M die Woche (bei voller Arbeit also etwa 2000 M im Jahr); davon kann er 8 vH ganz gut hergeben als Opfer für den Aufbau der deutschen Wirtschaft. Es bleiben ihm dann immer noch 36,80 M wöchentlich oder ungefähr 1850 M im Jahr. Oder ein gewöhnlicher Bankangestellter, der durchschnittlich 210 M im Monat hat (wobei aber, laut Auskunft des Instituts für Konjunkturforschung, die Gehälter bis 700 M mitgerechnet sind, so daß für die Mehrzahl viel weniger als 210 M herauskommt). Die können leben.

Und die Preise der Großverdiener?

Konsumvereine mehr an die Front!

Vom Büro des ADGB erhalten wir unterm 18. November die Mitteilung, daß tags zuvor die Vorstände des ADGB, der Afa, der SPD und des Zentralverbandes der Konsumvereine im Bundeshaus des ADGB beisammen waren, um die Möglichkeit eines durchgreifenden Abbaues der Preise für die Gegenstände des täglichen Lebens zu erörtern. Dabei haben Vertreter der Konsumvereine dargestellt, was sie selbst im letzten Jahre an Preisermäßigungen geleistet haben, auch wiesen sie auf die steuerrechtlichen Hemmungen hin, wodurch die Fortsetzung des Preisabbaues erschwert wird. Die Konsumvereine würden aber trotzdem überall, wo sich die Möglichkeit biete, weitere Preissenkungen vornehmen.

So weit die Mitteilung des ADGB. Es freut uns, zu hören, daß die Konsumvereine schon Preisermäßigungen vorgenommen haben und darin fortfahren wollen. Nach den Briefen, die bei uns immerfort einlaufen, könnte es fast scheinen, als ob die Konsumvereine es an Verständnis und Taten für die Preissenkung fehlen ließen. Das soll nun, wie die Mitteilung des ADGB behauptet, keineswegs der Fall sein. Wir freuen uns darüber.

Der Zwiespalt der Meinung ist vielleicht darauf zurückzuführen, daß die Konsumvereine ihren Mitgliedern die Preisermäßigung nicht deutlich genug fühlen lassen. Wir bitten die Konsumvereine, die Bescheidenheit abzulegen und klar zu zeigen, wo und um wieviel bei ihnen die Waren billiger geworden sind. Das wäre sicherlich ein vorzügliches Werbemittel für den Konsumverein, dessen er sich nicht begeben sollte. Wenn je, so haben jetzt die Konsumvereine zu beweisen, daß sie der privaten Warenversorgung überlegen sind. Sie müssen nicht nur bessere Waren, sondern auch billiger liefern. Und dadurch müssen sie beweisen, wie schädlich, wucherisch, überflüssig ein großer Teil des Handels, des Zwischenhandels ist und was den Verbrauchern mehr geboten werden könnte, wenn sie sich zahlreicher dem Konsumverein anschließen. Diese Reklame kann ebenso einfach wie wirksam gemacht werden: Man kann sich jedes Wort sparen und braucht nur die Preise des Konsumvereins und des Privathandels nebeneinander zu setzen. Den Unterschied werden die Hausfrauen schnell ganz von selbst herausfinden.

Die Konsumvereine haben von jeher regulierend, das heißt hemmend auf die Preisentwicklung gewirkt. Diesen wohltätigen Einfluß sollten sie jetzt nachdrücklicher, fühlbarer ausüben. Sie sollten bei der Preissenkung vorangehen. Gewiß haben sie erheblich größere soziale Verpflichtungen ihren Angestellten gegenüber, aber sie erfreuen sich auch etlicher Vorteile, die recht wichtig für die Habenseite ihres Kontobuches sind. Wir

versagen uns, die Vorteile anzuführen, weil wir glauben, daß die Erinnerung daran genügt.

Den Briefschreibern wie allen Arbeitern, die vermuten, daß die Konsumvereine in Sachen der Preissenkung mehr leisten müßten, sei geraten, sich in dem örtlichen Konsumverein mehr um die Sache zu kümmern. Wenn sie das tun, werden sie entweder erfahren, daß sie sich im Irrtum befinden — weil der Konsumverein schon viel geleistet hat, oder sie können auf Grund der örtlichen Verhältnisse zeigen, wo es mit der Preissenkung hapert und nicht mehr hapern darf. Das sollten die Kollegen und Arbeiter am ersten tun, denen der Konsumverein am meisten am Herzen liegt.

Aber noch etwas anderes muß beherzigt werden. Es ist gewiß unerlässlich, daß das Verteilungsgewerbe die Preise senkt. Es ist teilweise arg übersetzt und ein Rattenschwanz von Menschen muß von den Warenkäufern miternährt werden. Durch den Zwang, die Preise zu senken, kann dieses Gewerbe von dem Ballast befreit werden. So richtig das ist, es wird doch gut sein, für die überhöhen Preise die Händler und Krämer nicht allein verantwortlich zu halten. Die wahren Schuldigen an dem Wucher sind die Großgrundbesitzer und die Großindustriellen. Diese sind durch Wucherzölle stark geschützt, und ein Teil der Industriellen hat sich nationale und internationale Kartelle zur Hochhaltung der Preise, das heißt zur Auswucherung der Kunden, geschaffen. Ein Weiterverarbeiter von Eisen zum Beispiel darf nicht einmal ein Wort gegen den schamlosen Wucher der Schwerindustriellen wagen, wenn er nicht will, daß ihm die Rohstofflieferung entzogen wird und er seine Bude zumachen kann.

Die landweite Agitation der schwerindustriellen Presse wird auf die Verteilungsgewerbe beschränkt. Dieses wird als der allein Verantwortliche für die hohen Preise hingestellt. Damit soll die öffentliche Aufmerksamkeit von dem schamlosen Preiswucher der großen Industrie abgelenkt werden. Somit ist die Propaganda der Industriepresse ordinäre Heuchelei. Und nicht anders ist die Preissenkungsaktion der Regierung zu bewerten. Wenn sie es ehrlich damit meinte, müßte sie den preistreibenden Kartellen und den Wucherzöllen auf den Leib rücken. Das indessen läßt sie bleiben. Für die großen Volksplünderer, die Schwerindustriellen und die Agrarier, hat unsre Obrigkeit, wenn es hoch geht, nur sanfte Worte und freundliche Mahnungen. Das muß immer betont werden. Das muß immer beherzigt werden, wenn vom Preisabbau die Rede ist: Ohne Beseitigung der preistreibenden Kartelle und der Wucherzölle wird die ganze Bewegung für den Preisabbau nur jämmerliches Stückwerk bleiben.

Nachwirkungen des Berliner Schiedsspruchs

Die Empörung über den Betrug, den das „unparteiische“ Schiedsgericht an den Berliner Metallarbeitern verübt hat, hält an. Sie gilt allerdings nicht mehr allein den farnosen „Unparteiischen“, sondern in wachsendem Maße der Reichsregierung. Immer mehr fühlen die Arbeiter heraus, daß der Schiedsspruch auf das Schuldkonto der Regierung zu buchen ist. Die Richtigkeit dieses Gefühls wird durch gewichtige Gründe gestützt: Es war der Arbeitsminister dieser christlich-nationalen Regierung, der mit seinem Schiedsspruch für die Eisenindustrie den Lohnabbau einleitete. Dieser Zentrumsminister war es, der einen Sonderschiedlicher bestellte, um den Berliner Metallarbeitern einen Lohnabbau von 8 vH zu diktieren. Und diese Regierung ist es, die den Abbau der Sozialversicherung und der Löhne eifrig betreibt, während sie den wohlgenährten Herren vom Stamme Nimm fette Steuer- und Zollgeschenke darbringt.

Das hat sie vom ersten Tage ihres Daseins an getan. Nach der Reichstagswahl aber ist sie ganz und gar zum Sachwalter des Interessentenhauens geworden und hat sich das Programm der industriellen Scharfmacher ganz zu eigen gemacht. Sie glaubt, das ohne Gefahr für sich tun zu können. Sie sagt sich offenbar: wenn der politische Druck der sozialistischen Arbeiterschaft gegen uns wegen unserer arbeitfeindlichen Politik zu stark wird, werden wir uns noch mehr auf die Rechte im Parlament, auf die Nazis, stützen. Von der Partei, die die wichtigsten Posten dieses Kabinetts innehat, von dem klerikalen Zentrum, wissen wir, daß es in jedem Wasser schwimmt, am liebsten aber im schwarzen. In diesem wird sie über kurz oder lang vollends untertauchen und als Entschuldigung anführen: Jede Obrigkeit ist von Gott, folglich auch unsere Regierung mit den Nazis an den ihnen gleichwertigen Zeitgenossen!

Das ist, wie gesagt, das Gefühl, nein, die feste Meinung der Arbeiter. Sie sind durch die Erfahrungen der letzten Wochen allgemein zu der festen Überzeugung gelangt, daß diese Regierung die bewußte Agentur der Sozialreaktion ist und daß sie die daraus spießenden Obliegenheiten bis zum letzten Rest zu erfüllen gewillt ist. Aus diesem Tatbestand ergibt sich, so folgern die sozialistischen Arbeiter, für ihre politische Vertretung einige Folgerungen, die das Wochenblatt der Berliner Gewerkschaften, der Aufwärts vom 29. November, wie folgt wiedergibt:

„Wir verstehen die sozialdemokratische Fraktion in ihrem Bestreben, alles daranzusetzen, um unsre schlimmsten Feinde, die Nazis, von der Reichsregierung fernzuhalten. Auch wir gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben alle Veranlassung, den Nazis keinerlei Spielraum zu geben. Aber, so sagt man uns, wenn das erreicht werden soll, indem man uns die Butter vom Brote nimmt und schließlich das Brot selber, dann wissen wir auch noch andre Mittel, um die Republik, zugleich aber auch ihren sozialen Charakter, zu retten. Wir sind auch bereit, auf die Straße zu gehen.“

Was hier das Berliner Gewerkschaftsblatt sagt, wird uns in einem fort, allerdings meist viel deutlicher, vorgelesen. Man muß erwarten, daß dies von den politischen Stellen, die es angeht, beherzigt wird. Wer Ohren hat zu hören...! Und der Ausfall der Wahlen in Oldenburg, Baden usw. dürfte zur Förderung der Hellhörigkeit recht geeignet sein.

Es will uns schier bedünken, daß bei der Verübung des Berliner Betrugs noch etwas anderes im Spiel gewesen sei. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Reichsarbeitsminister im freien Gewerkschaften in Mißkredit bringen wollte. Nicht von ungefähr wurde von dem Oberschiedlicher ein Sonderschiedlicher bestellt, der den Lohnabbau von 8 vH auszusprechen hatte, und nicht umsonst hat die Reichsregierung über mindestens eines der Mitglieder des „unparteiischen“ Schiedsgerichts dessen Spruch in reaktionärem Sinne beeinflußt. In Berlin

Aus dem Inhalt

	Seite
Ihr Opfer — Und die Preise der Großverdiener? — Nachwirkungen des Berliner Schiedsspruchs	377
Das Einkommen des Metallarbeiters — Sitzung des Erweiterten Beirats	378
Ergebnisse des Preisabbaus — Runter mit der Arbeitszeit — Die Preissenkung der Werkskonsumanstalten	379
Kumpels im Püt — Kranke Kinder — Wie lange noch?	380
Die Truhe — Wahrheit über Rußland	381
Funktionäre an die Front — Jubiläum der Metallarbeiter-Krankenkasse — Vom Vorstand — Deutscher Bauhütentag	382
Der fehlerhafte Zirkel — Gewerkschaftsmitglieder in Großbritannien — Reichskonferenz für die Waggonindustrie	383
Schriftschau — Anzeigen	384

handelte es sich nicht um christliche Arbeiter. Da brauchte man, ohne die Zentrumsparthei zu beeinträchtigen, seiner Grundgesinnung keinen Zwang antun. Mit einem Schiedsspruch mit einer solchen Lohnkürzung glaubte man den freien Gewerkschaften einen Streich zu spielen. Ob dieser unser Eindruck nun richtig oder falsch ist, es kann nicht bestritten werden, daß er Wind für die Segel der kommunistischen Quertreiber bedeutet.

Der Berliner Schiedsspruch hat, wie wir hier oft voraussagten, den Appetit der Unternehmer mächtig anregt. Im ganzen Reiche fordern sie jetzt Lohnkürzungen wie die Berliner Metallindustriellen. Und die nachgeordneten Stellen des Ministers Stegerwald, die Schlichter, modellieren ihre Sprüche nach dem Berliner Muster. In der schleswig-holsteinischen Zementindustrie, im rheinischen Baugewerbe, bei der westdeutschen Kanalschiffahrt, in der bayerischen Provinzmetallindustrie, in der Metallindustrie Mannheims und Stettins, in dem Karosseriegewerbe usw. werden Lohnkürzungen von 8 bis 25 vH gefordert. Bei diesen Lohnkürzungen werden aber, im Gegensatz zu Berlin, starke Haufen christlicher Proletarier ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. In ihnen immer und überall einzubleuen, wenn sie die Verminderung ihrer Brotkrumen hauptsächlich zu verdanken haben, sollte nicht unterlassen werden.

Mit dem Berliner Schiedsspruch haben sich die Funktionäre der Betriebe am Sonntag, dem 16. November, eingehend beschäftigt. Es mögen über 1200 Mann im Saale des Friedrichshain beisammengewesen sein. Nach einer Darlegung des ganzen Verlaufs der denkwürdigen Lohnbewegung durch den Vorstandsekretär Tost und den Berliner Bevollmächtigten Ulrich setzte eine Aussprache ein, die zuweilen etwas lebhaft, aber durch die Bank sehr sachlich war. Nicht ein einziges unsachliches Wort ist gegen die Verbandsleitung in Berlin oder den Verbandsvorstand gefallen. Daß das Machwerk der „Unparteilichen“ und die hohe Obrigkeit gebührend behandelt wurden, ist selbstverständlich. Gleichzeitig wurde anerkannt, daß trotz aller ehrlichen Bemühung des leitenden Verbandskreises schwerlich Besseres zu erlangen war in Anbetracht der starken Haufen erwerbsloser Metallarbeiter und der geringfügigen Stärke der Gewerkschaftsorganisation in diesen Betrieben. In dem Schiedsspruch hätten die Unorganisierten die Quittung für ihr Fernbleiben von der Gewerkschaft bekommen. Wer den Gewerkschaftsbeitrag spart, spart immer für den Unternehmer!

Es waren drei Entschlüsse eingelaufen, die indes jede kaum zwei Dutzend Stimmen fanden. Die Funktionäre machten sich die Entschlüsse des Erweiterten Beirates des DMV (siehe Nr. 47 der MZ, Seite 371) mit allen gegen 22 Stimmen zu eigen.

Sitzung des Erweiterten Beirats Schlußbericht

Der Bericht über die Sitzung des Erweiterten Beirates vom 12. November konnte aus technischen Gründen in der Nr. 47 der Metallarbeiter-Zeitung nicht ganz gebracht, die Aussprache nur summarisch wiedergegeben werden. Wir holen daher heute die Aussprache nach.

Die Aussprache über den Vortrag des Kollegen Brandes wird von Kaulfers (Magdeburg) eröffnet. Er bringt die große Erregung, die der Berliner Schiedsspruch unter den Metallarbeitern ausgelöst hat, zum Ausdruck.

Ulrich (Berlin) schildert in ausführlicher Weise den Gang der Verhandlungen vor der Bewegung und die Vorgänge während und nach dem Streik. Der Redner berichtet über die Empörung der Kollegen über den Schiedsspruch. Besonders wird von den Kollegen bemängelt, daß sich Prof. Sinzheimer nicht mit den Organisationsvertretern verständigt hat. Die KPD nützt die Situation aus und wirft uns vor, das Ganze sei ein Manöver gewesen. Trotz der Schwierigkeiten werden wir versuchen, die Scharte auszuwetzen. Vor allem muß das schlechte Organisationsverhältnis der Berliner Metallarbeiter so schnell als möglich verbessert werden.

Schäfer (Leipzig) bemängelt, daß der Vorstand den Erweiterten Beirat nicht schon früher einberufen hat, und übt teilweise Kritik an der Haltung des Vorstandes. Redner hätte etwas mehr Initiative erwartet. Mit aller Entschiedenheit müssen die aus der jetzigen Situation hervorgegangenen Kämpfe durchgeführt werden.

Grüne (Stettin): Die Absicht der Unternehmer, den Berliner Schiedsspruch auf alle Bezirke zu übertragen, ist unverkennbar. Dem ist mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Gubatz (Bielefeld) berichtet über die von den Unternehmern in seinem Bezirk beabsichtigte Umgestaltung des Tarifs und die deswegen gepflogenen Verhandlungen. Der Vorstand hat richtig im Berliner Falle gehandelt. Entscheidend war das Organisationsverhältnis in Berlin. Die Schlichter sollen schlichten und vermitteln, sie haben aber keines von beiden getan, sondern immer zugunsten der Unternehmer entschieden.

Tost (Vorstand) gibt eine eingehende Darlegung der Stellung des Vorstandes zu dem Berliner Kampf. Die Drohung der Unternehmer mit ihrem Brief an die Öffentlichkeit beweist, daß Stegerwald mit den Unternehmern paktiert. Zieht man die ungeheure Krise und das schlechte Organisationsverhältnis in Betracht, so war ein anderer Verlauf der Berliner Bewegung kaum denkbar. Jedenfalls wird der Vorstand überall seinen Mann stellen, auch in den Brennpunkten der Bewegung.

Umrath (Nürnberg): Die Ergebnisse unserer Bewegungen sind der Ausdruck unserer Macht. Selbstverständlich muß der Berliner Schiedsspruch Empörung auslösen. Wenn der Vorstand ein Vorwurf treffen soll, so kann es nur der sein, daß er sich der Sache annahm, obgleich in Berlin die Metallarbeiter keineswegs in halbwegs genügender Zahl hinter dem Verband stehen.

Schlesinger (Kerlsruhe) weist auf die Gefühle der Kollegen hin, die der Schiedsspruch ausgelöst hat. Wir müssen ruhig abwägen. Zu Niedergeschlagenheit liegt kein Grund vor. Die Verhältnisse sind oft zwangsläufig. Den Standpunkt von Schäfer (Leipzig) teilt der Redner nicht. Wir müssen uns zunächst immer auf uns selber stützen. Die Christen arbeiten gegen uns. Der Vorstand muß mit gleichen Mitteln diesen entgegenzutreten. Die Gewerkschaften sind viel zu stark, um erschrocken werden zu können. Auch die Berliner Bewegung bietet uns Agitationsstoff, und wenn er kräftig reslos ausgewertet wird, hat die Organisation großen Nutzen davon.

Bernard (Frankfurt) geht näher auf den neuesten Schiedsspruch in Mainz ein und erläutert die einzelnen Bestimmungen und die von den Unternehmern gestellten Forderungen. Die Landläufer ist wie in Berlin bis 30. Juni 1931. Der Standpunkt und die Handlungen des Vorstandes in der Berliner Bewegung sind allseitig anerkannt worden. Daß man sich in der Person des Schlichters gefürchtet hat, kann man nicht gerade als Fehler des Vorstandes bezeichnen. Das Organisationsverhältnis der Berliner dürfen wir nicht verschweigen, damit die Kollegen erkennen, was nottut. Den Preisabbau müssen wir fördern.

Wunderlich (Aachen) übt wie alle Vorredner Kritik an dem Schiedsspruch. Es geht nicht an, nach einem Prügeln in der Organisationsverhältnis der Berliner wändigen. Den Preisabbau müssen wir forcieren, besonders in den Konsumvereinen. Die MZ und der Vorstand müssen die gleiche Linie einhalten, damit Mißverständnisse nicht vorkommen könnten.

Eckert (Berlin) spricht über die Kündigung des Lohn- und Beiratsvertrages und geht dann näher auf das Organisationsverhältnis

Das Einkommen der Metallarbeiter

Material für den Ober- und die anderen Schlichter

Die freien Gewerkschaften haben das menschenmögliche getan, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren und bessere zu erringen. Wenn sie nicht gewesen wären, die Lage des deutschen Arbeiters würde sich nur wenig von der des asiatischen unterscheiden. Das Steigen der Tarifröhne ist der Ausdruck des Ergebnisses des freigewerkschaftlichen Wirkens. Daß dieses Wirken noch nachdrücklicher gesteigert werden muß, beweist nichts mehr, als die jetzt grassierende Tollwut der Unternehmer und ihrer Regierung, die Löhne zu kürzen.

Der tollwütig betriebene Lohnabbau heißt die Frage aufwerfen: Ja, hat denn der deutsche Arbeiter soviel Lohn, daß ihm eine Kürzung zugemutet werden kann? Es wird immer so viel geredet, ob diese oder jene Löhne für die Unternehmer „tragbar“ sind. Fragen wir statt dessen, ob eine Lohnkürzung für den Arbeiter tragbar ist. Wie groß ist das Lohneinkommen des deutschen Metallarbeiters?

Ihr meint, ihr wißt das? — Natürlich, wer sollte es besser wissen als die Metallarbeiter selbst, wieviel Mark und Pfennig er jede Woche nach Hause bringt. Und doch weiß er darum noch lange nicht, wie groß sein wirkliches Lohneinkommen ist. Um das herauszukriegen, sind vielmehr lange und verwickelte Gedankengänge und Berechnungen notwendig, die der Statistiker Dr. J. Kuczynski in der letzten Nummer seiner Finanzpolitischen Korrespondenz vorgenommen hat. Wer sich darein vertieft, wird von einem wahren Grauen gepackt.

Wir wußten es, daß der Kapitalismus heute nur noch von immer verschärfter Ausbeutung der Arbeitskraft lebt; wir wußten, daß hier die wahre Triebkraft seiner immer wiederholten Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiter zu suchen ist, gleichgültig, welche Begründung er im einzelnen Fall anführt. Angriffe, die von beiden Seiten her erfolgen: durch Niederdrückung des Lohns und durch Verteuerung des Lebensunterhalts, trotz allem Gerede über Preisabbau. Aber daß er darin schon so verheerend gewirkt hat, das hatten wir selbst nicht gedacht.

Wenn man aus den Tarifröhnen der gelernten und ungelernten Metallarbeiter den Durchschnitt zieht (unter der Annahme, daß 65 vH der deutschen Metallarbeiter zu den Gelernten gehören, 35 vH zu den Ungelernten), und wenn man dann die in den verschiedenen Jahren gezahlten Zuschläge daraufrechnet, dann ergeben sich (nach den Ermittlungen Kuczynskis) folgende tatsächlichen Wochenlöhne im Jahresdurchschnitt:

1913	32,15 M	1927	47,70 M
1924	32,50	1928	51,30
1925	41,90	1929	50,80
1926	43,15	Sept. 1930	49,—

Schon hier sieht man eine Abnahme der wirklichen Löhne seit 1928, obgleich der durchschnittliche Tarifröhne in derselben Zeit von 44,65 auf 46,20 M gestiegen ist. Aber die Rechnung ist noch lange nicht zu Ende. Zuerst müssen hiervon abgezogen werden die Verluste, die der Metallarbeiter durchschnittlich durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit erlitten hat. Außerdem die Steuern und Versicherungsbeiträge, die er bekanntlich gar nicht erst in die Hand bekommt, sondern gleich bei der Lohnzahlung dortlassen muß. Tut man das, und rechnet man dafür die ausgezahlte Arbeitslosenunterstützung hinzu, dann zeigt sich, daß das Einkommen des Metallarbeiters, das ihm wirklich ausgezahlt wurde, folgendermaßen aussah:

1913	29,35 M	1927	40,55 M
1924	24,65	1928	43,85
1925	36,75	1929	42,—
1926	32,35	Sept. 1930	34,85

Der Rückgang seit zwei Jahren ist also noch bedeutend größer, als er zuerst schien. In der ersten Tabelle (Tarifröhne plus Zuschläge) hatten wir nur einen Rück-

gang um 2,30 M die Woche, was etwa 4 1/2 vH wären. Jetzt aber zeigt sich ein wirklicher Rückgang um volle 9 M, was mehr als 20 vH ausmacht. — Und noch einen anderen Schleier zieht die zweite Tabelle weg. Nach der ersten Tabelle schien es, als wenn immerhin der heutige Lohn erheblich höher sei als vor dem Kriege: von 32 auf 49 M schien er gestiegen, das wären 53 vH, während der Lebensunterhalt im September 1930 nur um etwa 46 vH teurer gewesen sein soll als im Jahre 1913. Das führen ja die Unternehmer gern im Munde als Beweis, daß der Reallohn, die Kaufkraft des Lohnes heute größer sei als damals. Durch die zweite Tabelle jedoch, das heißt unter Einrechnung alles dessen, was der Metallarbeiter von seinem Lohn noch verliert, schrumpft die Zunahme gegenüber 1913 auf 5 1/2 M zusammen, was noch nicht einmal 19 vH ausmacht. Schlagend zeigt sich, daß sogar nach dem amtlichen Lebenshaltungsindex die Kaufkraft des Lohnes heute kleiner ist als vor dem Kriege. Dabei gibt der amtliche Index bekanntlich die Teuerung zu niedrig an, so daß der Metallarbeiter mit seinem heutigen Lohn in Wahrheit noch weniger kaufen kann, als es nach dem Index scheint.

Wenn man nunmehr die so ermittelten Wochen-einkünfte des deutschen Metallarbeiters auf ihre Kaufkraft umrechnet (auch nur nach dem amtlichen Index, denn einen andern haben wir ja nicht), dann zeigt sich Furchtbares. Es kommen nämlich folgende Zahlen heraus:

1913	29,35 M	1927	27,40 M
1924	19,30	1928	28,90
1925	26,30	1929	27,80
1926	22,90	Sept. 1930	23,70

Niemals in diesen ganzen Jahren seit 1924 hat der deutsche Metallarbeiter für seine wöchentlichen Einkünfte so viel kaufen können wie 1913! Und heute, im Herbst 1930, ist die Kaufkraft, über die er verfügt, um rund 6 M oder 21 vH kleiner als vor dem Kriege.

Dr. Kuczynski hat sich auch die Mühe genommen, auszurechnen, wie sich dieses wirkliche Einkommen des Metallarbeiters zu den jeweiligen Kosten des Lebensunterhalts verhielt. Das ergibt zum Schluß noch folgende Zahlreihe:

	Kosten des Lebensunterhalts für Mann, Frau und 3 Kinder	Durchschnittl. Geldinkommen des Metallarbeiters	Das Einkommen betrug von den Lebenshaltungskosten
wöchentlich			
1913	32,30 M	29,35 M	91 %
1924	41,20	24,65	60 %
1925	45,15	36,75	81 %
1926	45,60	32,35	71 %
1927	47,65	40,55	85 %
1928	48,95	43,85	90 %
1929	49,65	42,—	85 %
Sept. 1930	47,40	34,85	73 %

„Die Löhne der Metallarbeiter“, schreibt Dr. Kuczynski, „waren demnach niemals so hoch, um die Kosten der Lebenshaltung für eine Familie mit 3 Kindern zu bestreiten. Im September 1930 fehlen ihnen durchschnittlich 36 vH“. Dabei handelt es sich, wohlverstanden, um jene Unterhaltskosten, die das Statistische Reichsamt berechnet hat und die nur eben das Allernotdürftigste umfassen. Mit anderen Worten: um mehr als ein Drittel mußten die Löhne erhöht werden, wenn der deutsche Metallarbeiter in die Lage kommen soll, das Notdürftigste zu bezahlen. Die Schiedssprüche aber nehmen ihm noch mehr weg. Sollte nicht die Schlichterei den wirtschaftlich Schwachen helfen?

Die Elendsflut steigt noch immer

Am 31. Oktober waren bei den deutschen Arbeitsämtern 3.253.000 Arbeitslose als beschäftigungslos eingetragen. In diesem Monat hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 250.000 erhöht. 3 1/2 Millionen Arbeitslose machen mit ihren Familien rund 10 Millionen Menschen aus. Dazu treten noch 1,8 Millionen Kurzarbeiter und sonstige, die durch die ungeheure Wirtschaftskrise geschädigt werden. In diesen Ziffern drückt sich die Flut von Elend und Verzweiflung aus, deren Steigen noch keineswegs beendet ist. Mit dieser ungeheuren Belastung tritt das arbeitende Volk Deutschlands in den Winter ein.

Die Schweizer Banken ersticken im Geld

Die Industrie der Schweiz, eines ausgesprochenen Ausfuhrlandes, spürt bereits stark die Krise der Weltwirtschaft. Ihre größten Ausfuhrindustrien, an der Spitze die Uhrenindustrie, die Baumwoll- und die Seidenindustrie, sind stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeitslosigkeit ist im Steigen. Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen entfällt auf die Arbeiter in der Uhren- und Schmucksachenindustrie und 20 vH auf die Textilindustrie. Eine Besserung in der Lage dieser Ausfuhrindustrien ist nicht in Sicht.

Demgegenüber können die Großbanken eine außerordentlich große Aktivität entfalten. Die Kapitalflucht aus Deutschland und aus anderen Ländern verhalf ihnen zu einer gewaltigen Geld- und Kapitalfülle, sodaß sie die Zinsen der bei ihnen angelegten Kapitalisten (Kreditzinsen) stark herabsetzen mußten. Als Folge dieser Geldfülle wurde eine Staatsanleihe von 1,2 Milliarden M zur Umwandlung früherer Staatskredite in eine niedriger verzinsliche Anleihe (Konversion), die vom Schweizer Bund kürzlich aufgelegt wurde, in wenigen Tagen fünfmal überzeichnet. Auch geben die Schweizer Banken mit Hilfe des Fluchtkapitals umfangreiche Auslandsanleihen. Haben sie in den letzten acht Jahren 1921 bis 1929 Auslandsanleihen in der Höhe von 860 Millionen M gegeben, so konnten sie allein in den sieben ersten Monaten des laufenden Jahres dem Ausland bereits 186 Millionen M zur Verfügung stellen. Deutschland erhielt davon 22,4 Millionen, das heißt nur einen kleinen Bruchteil der nach der Schweiz geflüchteten Kapitalien. Belgien erhielt vier Anleihen in der Höhe von 20 Millionen M. Außerdem gaben die Schweizer Banken in letzter Zeit größere Anleihen an Chile, Österreich und Italien.

nis der Berliner Metallarbeiter ein. Der Schiedsspruch werde hoffentlich die Wirkung haben, daß ohne eine starke und geschlossene Organisation nichts zu erreichen sei.

Händel (Dresden): Die Taktik der Bewegung kann sehr verschieden beurteilt werden. Sicherlich bedeutet der Schiedsspruch eine Schädigung der Berliner und der Arbeiter im Reich. Mit der Vorkriegszeit lassen sich schlecht Vergleiche ziehen, da wir heute andere Verhältnisse haben. Redner ist kein Verneiner des Schlichtungswesens. Schiedssprüche wie der Berliner wirken sich aber zum Schaden der Arbeiter aus. Zersplitterungsversuchen sei entschieden entgegenzutreten.

Es folgt nun das Schlußwort des Kollegen Brandes, das im Bericht der Nr. 47 schon enthalten ist. Bei der Erörterung der Nothilfe der Angestellten des DMV (siehe Nr. 47 der MZ) bespricht der Kassier Ernst Schäfer die

Finanzpolitik des Verbandes und seine Leistungen.

Der Redner sagt im besonderen: Die vorausschauende Finanzpolitik des Vorstandes hat sich gut bewährt. Vor sechs Jahren konnten wir weder Kranken- noch Arbeitslosenunterstützung zahlen, seitdem hat der Verband finanziell Gewaltiges geleistet. In den Jahren 1924 bis 1929 wurden allein aus der Hauptkasse 105,7 Millionen Mark an Unterstützungen verausgabt, davon über 75 Millionen für Arbeitslosenunterstützung. Wie sehr die gegenwärtige Krise auf den Mitgliedern lastet, zeigen die Zahlen von 1930. In den ersten drei Vierteljahren flossen nicht weniger als 27,3 Millionen in Form von Unterstützungen an die Mitglieder zurück, wovon 25,7 Millionen für Arbeitslosigkeit verausgabt wurden. Demnach hat die Hauptkasse des DMV seit der Stabilisierung

133 Millionen Mark an Unterstützungen

seinen Mitgliedern gezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte die gewaltige Summe von 100,7 Millionen Mark. Es gibt in der ganzen Welt keine Gewerkschaft, deren Unterstützungssummen denen des DMV gleichkommen. Die gewaltigen Unterstützungssummen sind freilich mit darauf zurückzuführen, daß der DMV seine Unterstützungen für eine längere Dauer als andre Verbände zahlt.

Wieviel Not und Elend damit gemildert werden konnte, kann nur der erregte, der die Not an eigenen Leibe verspürt hat. Trotz dieser gewaltigen Anforderungen sind die Finanzen des Verbandes unerschüttert und wir können mit Ruhe den weiteren Kämpfen entgegengehen. Zu den Leistungen der Hauptkasse kommen noch die erheblichen Unterstützungen der Lokalkassen.

Ergebnisse des Preisabbaus

Am 8. November ist der Schiedsspruch gefällt worden, der die Löhne der Berliner Metallarbeiter sofort um 3 vH und in zwei Monaten um weitere 5 vH vermindert. Wir stehen hier vor einer fertigen Tatsache, die Lohnsenkung ist bereits erfolgt. Ihr Grund und Zweck soll angeblich eine entsprechende Preissenkung der Fabrikate sein. Wie steht es denn nun damit?

Ein paar Tage nach jenem Schiedsspruch, am 12. November, versammelte sich der Reichswirtschaftsrat (oder vielmehr dessen hiermit beauftragter Ausschuss) und verfaßte ein Gutachten, das am 15. November der Öffentlichkeit übergeben wurde. Darin nimmt die Eisenwirtschaft einen breiten Raum ein. Und was erfahren wir da? Daß die Preissenkungen für Eisen und Eisenerzeugung jeder Art noch völlig Zukunftsmusik sind! Da heißt es zum Beispiel: „Der Ausschuss stellt fest, daß die gegenwärtigen hohen Eisenpreise des Inlandes gegenüber den niedrigeren Preisen des konkurrierenden Auslandes wie gegenüber denen des Weltmarktes für die gesamte deutsche Wirtschaft untragbar sind.“

Also soviel steht fest: bisher ist in der deutschen Eisenindustrie noch keine Preissenkung erfolgt; nur die Lohnsenkung ist Tatsache geworden.

Man wird vielleicht einwenden, daß die Zeit noch zu kurz war? Aber warum denn? Die Rechenexempel sind doch nicht so schwierig und sind überdies von den Unternehmern längst im voraus gemacht. Vor sechs Wochen kamen sie doch schon mit der Forderung, 15 vH vom Lohn zu kürzen. Da dies angeblich nur im Interesse des Gemeinwohls geschah, um die Preise ermäßigen zu können, so müssen sich die Unternehmer damals schon ausgerechnet haben, um wieviel sie ihre Waren im Gefolge der Lohnsenkung billiger abgeben wollten. Und das brauchten sie nur durch 5 zu dividieren, was eine Kleinigkeit ist und in drei bis vier Tagen sicherlich gemacht werden kann. Welchen großartigen Eindruck hätte das gemacht, wenn sie am 9. oder am 10. November aller Welt verkündet hätten: nachdem nunmehr die Löhne um 3 vH und in Bälde um 8 vH gekürzt sind, haben wir unsere Verkaufspreise um soundsoviel ermäßigt! Das hätte dann der Reichswirtschaftsrat in seiner Sitzung am 12. November benutzen und gleich in sein Gutachten mit hineinbringen können. Und wenn es noch so wenig gewesen wäre — unsere Leser wissen, daß eine große Lohnkürzung sich nur gering auf die Preise auswirken kann —, es hätte doch famos geklungen, wenn in dem Gutachten gestanden hätte: für Eisen sind die Preise soundso abgebaut worden. Warum haben sich nur die Unternehmer diese herrliche Reklame entgehen lassen?

Statt dessen ist nun in dem Gutachten immer nur die Rede von Verbilligungen, die „empfohlen“ werden oder „erforderlich“ sind: der Ausschuss „hält eine starke Senkung der deutschen Eisen-Inlandspreise für notwendig“; er „ersucht die Regierung, auf Beschleunigung dieser Preissenkung hinzuwirken“; die deutsche Wirtschaft könne nur dann genesen, „wenn“ Preisherabsetzungen vorgenommen werden; er „sieht in einer baldigen Senkung der Eisenpreise auch ein dringendes Erfordernis zur Hebung des Eisenverbrauchs in Deutschland“; die „restlose Auswirkung der Preisermäßigungen bis zum Verbraucher ist zu sichern“ usw. Lauter Dinge, die erst in der Zukunft geschehen sollen.

Man fragt sich vergeblich, was solch ein Gutachten eigentlich für einen Zweck hat. Das wissen wir ja alles

schon längst. Mit solchen guten Mahnungen hat ja die ganze sogenannte Aktion angefangen und seit vielen Monaten werden sie in der bürgerlichen Presse unaufhörlich wiederholt. Mußte man darum den Reichswirtschaftsrat bemühen, daß er dieselben Tiraden noch einmal wiederholt? Wir dachten, es solle nun endlich einmal zu Taten kommen, wie es bei der Lohnkürzung bereits zu sehr handgreiflichen Taten gekommen ist.

Aber wie denn? Hat denn nicht die Regierung auch schon etwas getan für die Preissenkung?

Vor allen Dingen hat sie am 15. November einen großartigen — Aufruf erlassen, worin sie — nach dem bekannten Spruch: Hannemann, geh du voran — die Hausfrauen mahnt, billig einzukaufen und dabei sogar auf den Pfennig zu achten: „Auch der Bruchteil eines Pfennigs gewinnt in der Volkswirtschaft mehr Bedeutung denn je.“ — Welch preiswürdige Tat! Doch wir wollen nicht viel Worte verlieren um einen Humbug, den jeder Arbeiter ohne weiteres als Verhöhnung empfindet.

Ernster zu nehmen ist die Behauptung, daß seit geraumer Frist bereits erhebliche Verbilligungen des Lebensunterhalts eingetreten seien. Das Berliner Tageblatt hat sich sogar neulich von einem Lebensmittelhändler eine Tabelle schicken lassen, worin die Preise für Nahrungsmittel — im Kleinhandel, wohlverstanden — seit einem Jahr um 16 vH gesunken seien. Herz, was verlangst du noch mehr? Auch der amtliche Index verzeichnet für dieselbe Zeit eine Verbilligung der Nahrungsmittel um 9 vH; für den gesamten Lebensunterhalt allerdings nur um 5 vH. Und manche Lebensmittel, nämlich Brot, Milch und Schweinefleisch, sind in den letzten Tagen tatsächlich billiger geworden.

Dieses ganze Gerede erledigt sich durch folgende einfache Rechnung, die ein Metallarbeiter dieser Tage einer Berliner Zeitung eingesandt hat:

Milch kostet (angeblich, bisher noch nicht in allen Teilen Berlins) jetzt 1 Pf. weniger. Wirklich, es ist kein Druckfehler: einen Pfennig. Macht für einen gewöhnlichen Arbeiterhaushalt etwa 7 Pf. die Woche. Sagen wir schon 10 Pf. Das Brot ist um 4 Pf. ermäßigt. (Das Gewicht ist aber nicht nachzuprüfen, weil trotz des Brotgesetzes kein Bäcker es vermerkt.) Rechnen wir jeden Tag ein Brot, so sind das 28 Pf. Ersparnis in der Woche. Schweinefleisch ist um ganze 5 Pf. das Pfund gesenkt. Da aber der Arbeiter kaum noch Fleisch kaufen kann, ist es schon sehr hoch gerechnet, wenn wir 4 Pfund die Woche annehmen, also 20 Pf. Ersparnis. 10 + 28 + 20 macht nach Adam Riese 58 Pf. Die gibt der Arbeiter nach diesen Preissenkungen wöchentlich weniger aus. An Lohn dagegen werden dem Metallarbeiter nach dem Schiedsspruch 3 vH abgezogen. Im Durchschnitt kriegt der Berliner Metallarbeiter bisher 40 M; es werden ihm also 1,20 M die Woche weniger bezahlt, gerade doppelt soviel, wie er durch die Verbilligung der Lebensmittel gewinnt. Wer höheren Lohn hat, für den ist der Verlust noch größer.

So sehen bisher die Taten der Regierung aus. Im übrigen ist es ja nicht der Lohnabzug allein. Wo bleiben die Wohnungsmieten? Wo bleiben die Fahrgelder, die Kleidung, wo bleiben vor allen Dingen die Steuern und die Sozialbeiträge? Gerade die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung sind bekanntlich erst in letzter Zeit stark verteuert worden.

Das Ergebnis des Preisabbaus ist demnach bisher eine stark vermehrte Belastung des Arbeiters.

Weit eher wäre die Annahme gerechtfertigt, daß durch die rasende Entwicklung der Technik die Bedürfnisse aller Menschen hundertfältig gesteigert und daß hierdurch ganz neue Industrien geschaffen oder erschlossen werden. Hier wäre die gesamte Radio-Industrie zu nennen, auch der Flugzeug- und Luftschiffbau, die Herstellung von Tankapparaten usw. Allein, es besteht auch hier kein Zweifel, daß der gesamte Neuedarf an Arbeitskräften weit hinter der Zahl der Freigesetzten zurückbleibt. Sind denn nicht durch die Einrichtung des Radios Tausende von Musikinstrumentenmacher und auch Musiker selbst arbeitslos geworden? Sind weiter nicht Tausende von Schiffen und Fuhrleuten um ihr Brot gekommen, weil man schnellere Verkehrsmittel hat? Durch Entstehung neuer Erwerbszweige wird also wohl auch der erwünschte Ausgleich nicht geschaffen. Immer wieder werden bei fortschreitender Rationalisierung Arbeitskräfte übrig sein, denn das ist ja ihr eigentlicher Sinn.

Freilich gilt das hier Gesagte nur innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft. Da wird zwischen Technik und Volkswirtschaft immer eine Kluft sein. In der sozialistischen Bedarfswirtschaft werden diese Dinge ein anderes Gesicht zeigen. Wir müssen uns aber bei Frage und Antwort stets erinnern, daß wir noch in der kapitalistischen Gesellschaft leben und daß wir deren Mängel niemals ganz beseitigen können. Wenn die Gewerkschaften daher zunächst die 40-Stundenwoche fordern, so ist dies nur eine Maßnahme zugunsten der Arbeitslosen, denen jetzt, und zwar so schnell wie nur möglich, wieder Beschäftigung verschafft werden muß, auch wenn zunächst ein Lohnausgleich nicht durchgesetzt werden kann. Warum dies? Weil, wie jeder aufmerksame Beobachter längst gesehen haben wird, sich eine Kluft aufgetan hat zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten, die gar nicht hätte entstehen dürfen. Die Arbeiterklasse, ohnehin schon durch unselige Parteikonflikte gespalten, darf nicht auch noch in sich gespalten werden, wie dies leider an vielen Orten schon festgestellt werden kann. Der Arbeitslose sieht seinem noch in Stellung befindlichen Klassengenossen schon haßerfüllt nach, wenn er ihm auf der Straße begegnet. In den Verkehrslokalen spürt man eine feindselige Haltung. Und leider lassen es viele Arbeitende auch manchmal an Solidarität fehlen: leider glauben auch heute noch viele Beschäftigte, daß sie es nie nötig haben werden, stempeln zu gehen.

Wenn also die 40-Stundenwoche durchgesetzt und die Einstellung einer Million Arbeitsloser erreicht werden kann, dann fühlen die Erlösten wieder ihre Verbundenheit mit den Glücklicheren. Die Kluft schließt sich wieder, und es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn die Gewerkschaften nicht den Zuwachs von einer Million neuer Streiter buchen könnten. Dann ist es ihnen auch ein leichtes, den Reallohn wieder auf die vorhergehende Höhe zu bringen, und das Opfer wird tausendfältige Früchte tragen.

Die Preissenkung der Werkskonsumanstalten Täuschungsmanöver zum Lohnabbau?

Es ist kaum zu glauben, wie man der Arbeiterschaft den Lohnabbau schmackhaft zu machen versucht. Nachdem kreischende Regierungserklärungen und zahlreiche Meldungen in der bürgerlichen Presse eine wahre Preissenkungspsychose geschaffen haben, soll nunmehr praktisch bewiesen werden, daß der Preisabbau nicht nur ein leeres Versprechen ist. Wie kritisch und vorsichtig diese Preissenkung in der Praxis jedoch bewertet werden muß, wenn die Arbeiterschaft nicht getäuscht und geschädigt werden soll, zeigt nachstehendes Beispiel:

Die Werkskonsumanstalten der Vereinigten Stahlwerke im rheinisch-westfälischen Industriegebiet verkaufen seit kurzem bestimmte Waren zu auffallend niedrigen Preisen. So kostet zum Beispiel neuerdings das Pfund Margarine 35 Pf., amerikanisches Schmalz 68 Pf., Nierenfett 28 Pf., Zucker 25 Pf. und das Liter Salatöl 54 Pf. Auf diese Preise werden noch 8 vH Rabatt gewährt. Diese Geschäftsgebarung mit der üblichen Reklame der Öffentlichkeit unterbreitet, muß die Vorstellung erwecken, der Preisabbau sei tatsächlich in einem fühlbaren Ausmaße vorhanden. Das ist jedoch nicht der Fall. In einer Vertreterkonferenz der Konsumvereine Rheinland-Westfalens wurde festgestellt: „Selbst wenn die allerbilligste Schundware gekauft würde, dann ist es dennoch ausgeschlossen, daß zu diesen Preisen auch nur eingekauft, viel weniger noch verkauft werden kann.“

Die Konsumvereine haben sich mit dieser Feststellung jedoch nicht begnügt, sondern die unglaublich „billigen“ Bezugsquellen der Werkskonsumvereine zu erfahren versucht. Bis zur Stunde sind diese Bemühungen jedoch erfolglos geblieben, obwohl den Werkskonsumern viel daran liegen müßte, nachzuweisen, daß sie keinen unlauteren Wettbewerb betreiben. Es bleibt daher nur die Vermutung, daß man mit dieser Preispolitik den Zweck verfolgt, in ihren Betrieben einen rücksichtslosen Lohnabbau durchzusetzen. Um diesen Lohnabbau zu begründen, wird in den Werkskonsumanstalten eine ganz unerhörte, die Öffentlichkeit täuschende Preispolitik betrieben, die unverkennbar die Absicht verrät, die Verbraucher über mögliche Kleinhandelspreise irrezuführen.

Wie naheliegend diese Schlussfolgerung ist, geht aus einem Beispiel hervor: Es gibt in Dortmund ein Unternehmen, das jährlich 1,5 Millionen M für Löhne verausgabt, in der Werkskonsumanstalt jedoch nur einen Warenumsatz von ungefähr 50 000 M hat. Nimmt man nun an, daß im allgemeinen das Verhältnis zwischen Lohnsumme und Warenumsatz doch viel günstiger ist, dann bleibt immerhin die Tatsache, daß eine künstliche Preispolitik im vorgenannten Sinne für die Unternehmer ein sehr nutzbringender Lohnpolitischer Schachzug ist.

Im Zusammenhang mit diesen Darlegungen verdient auch festgehalten zu werden, daß die Konsumvereine in Rheinland-Westfalen in den letzten drei Monaten die Preise für die wichtigsten Lebensmittel nachweisbar um 15 und mehr vom Hundert gesenkt haben. So erfreulich diese Feststellung einerseits ist, so darf sie andererseits doch nicht als ein Beweisstück für die Berechtigung der Lohnsenkung angesehen werden, da der Lebenshaltungsindex als allgemeiner Gradmesser für die Preisentwicklung in dieser Zeit nur um 3,4 Punkte, also zirka 2 vH, zurückgegangen ist. Zum Schluß noch etwas anderes. Die Regierung setzt sich wohl nachdrücklich für einen Lohnabbau ein, aber sie läßt die Preispolitik der Großindustrie und der Kartelle unbehelligt. Außerdem sei darauf zu verweisen, daß die Regierung durch ihre Zoll- und Steuerpolitik den weiteren Preisabbau für viele Lebensmittel am meisten verhindert, und daß vor allem um einer weiteren Preissenkung willen ein Zollaabbau und die Beseitigung der besonderen Konsumvereinssteuer durchgeführt werden muß.

Runter mit der Arbeitszeit

Die täglich wachsende Zahl der Arbeitslosen hat bewirkt, daß sich nicht nur die Arbeiterpresse, sondern auch die gesamte bürgerliche Presse mit dieser brennendsten aller Fragen beschäftigt. Volkswirte und Sozialpolitiker nehmen Stellung, die einen mehr, die anderen weniger aus Arbeiterfreundlichkeit. Es scheint, daß der ganzen bürgerlichen Gesellschaft doch das Gewissen ein wenig zu schlagen beginnt. Mag sein, daß man hier und dort auch ein bißchen Angst hat vor der immer stärker brandenden Flut der Not.

In einer Rede, die der bekannte Professor Dr. Wilbrandt in Dresden über Technik und Volkswirtschaft hielt, führte er aus: „Das Schlimmste aber ist, daß die Rationalisierung noch nicht einmal abgeschlossen ist, sondern erst am Anfang steht. Und je mehr rationalisiert wird, um konkurrenzfähig zu sein, um so größer die Zahl derer, die im mechanisierten Betrieb keinen Platz mehr finden. Das ist die Krise des Exportindustrialismus. Der Fortschritt der Technik braucht für die benötigten Produkte nur noch einen Teil der zuwachsenden Arbeitskräfte, der andere Teil wird überflüssig. Die Technik ermöglicht vielleicht, den Ballast der Überflüssigen mitzuschleppen auf Kosten der Beschäftigten, nicht aber, allen Arbeit zu geben. So sieht das Verhältnis von Technik und Volkswirtschaft aus.“

Zwischen der technischen Entwicklung und der volkswirtschaftlichen Organisation klafft also, wie hier gesagt wird, ein furchtbarer Riß. Es gilt nun, diese volkswirtschaftliche Organisation der vorausgeeilten Technik wieder anzupassen, das Gleichgewicht wieder herzustellen. Wir wissen, daß der erste Schritt dazu die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden die Woche ist; wir wissen aber auch, daß die Unternehmer die Arbeitszeit nicht, dafür aber die Löhne kürzen wollen.

Vor einigen Jahren schon veranstaltete das Berliner Tageblatt eine Rundfrage darüber, ob und in welchem Umfange die durch verbesserte Technik ersparten Arbeitskräfte wieder Verwendung finden könnten bei der Herstellung von neuen Produktionsmitteln. Auf diese Frage antworteten verschiedene Wissenschaftler und Wirtschaftsführer, daß in der Tat ein Ausgleich stattfände auf dem Arbeitsmarkt, indem doch die Zahl der be-

nötigten Arbeitsmaschinen und Vorrichtungen ständig wachse und zu ihrer Herstellung eben wieder neue Arbeitskräfte erfordert würden. Dieser Ausgleich finde natürlich nicht direkt, sondern indirekt statt; es dauere wahrscheinlich eine geraume Zeit, bis wieder alle einen Arbeitsplatz gefunden hätten. Dies schon deswegen, weil ja oft ganz andere Berufsgruppen freigesetzt werden, als sie die Maschinenindustrie benötige.

Bei dieser Antwort ist anscheinend übersehen worden, daß die Rationalisierung auch in der maschinenherstellenden Industrie mächtig vorwärtsschreitet, so daß mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß nicht alle Freigesetzten wieder Arbeit finden. Dies soll an einigen Beispielen klargemacht werden. Auf der Neujorker Untergrundbahn hat man, um Kontrollbeamte zu sparen, Drehkreuze eingebaut, die den Eintritt der Fahrgäste selbst kontrollieren. Durch diese Einrichtung ist die Zahl der Kontrolleure von 1500 auf 471 gesenkt worden. Ist nun anzunehmen, daß die übriggebliebenen 1029 Mann alle wieder benötigt werden zur Herstellung und Montage der Drehkreuze? Nein.

Ist vielleicht anzunehmen, daß die in einer Automobilfabrik durch Einführung des laufenden Bandes übrigwerdenden Schlosser und Hilfsarbeiter alle wieder gebraucht werden zur Einrichtung des laufenden Bandes? Auch das muß verneint werden. Denn wenn dies der Fall wäre, dann höbe sich ja die ganze Maßnahme von selber auf; sie würde ihren ganzen Sinn verlieren.

Freilich, eine genaue und einwandfreie Beantwortung der gestellten Frage ist sehr schwierig, wenn nicht unmöglich. Am ehesten ließe sich in einer Maschinenfabrik die Berechnung machen, die ihre ganze technische Einrichtung selbst in eigenen Werkstätten herstellt. Es wäre hier also zu beweisen, daß die durch verbesserte Einrichtungen in Dreherei, Schlosserei, Gießerei usw. ersparten Arbeitskräfte alle wieder in der Werkzeugabteilung verwendet werden können. Es bräuchten zwar nicht dieselben Personen dort eingestellt zu werden, sondern bloß die Zahl der Freigesetzten. Dann erst wäre ein voller Ausgleich zustande gekommen. Allein wer ist so naiv, das zu glauben?



Familie und Heim



Kumpels im Pütt



Ruhrgebiet! Allein acht Zehntel der in Deutschland geförderten Kohlen werden hier gewonnen. Bergwerke, Kokereien, Walzwerke, Gießereien — ein Wald rauchender Schloten starrt hier in die Höhe, wie die Stacheln eines riesigen Igels. Das Steinkohlengebirge der Ruhr hat die bereits bergmännisch erschlossene Mächtigkeit von 3000 Metern, wobei die Stärke der einzelnen Flöze achtzig Meter beträgt. Hier ruht das Geheimnis der Jahrtausende, der Kampf von Sonne, Wasser und Erde, das Kommen und Vergehen: Die Flora aus phantastischen Farnen, Bärlappgewächsen, Schachtelhalmen, Schuppen- und Siegelbäumen erstarb im Gluthauch der tropischen Sonnenhitze. Ganze Wälder brachen nieder und wurden überspült vom Meer, das Sand, Ton und Kies auf dieses Riesengrab deckte. Darüber wuchs neues Leben, abermals Bäume und Riesengewächse, die abermals niedergemäht und begraben wurden. Und die Last des Wassers und der Erde preßte diese Moore zu Stein, daß sie heute die kohlenführenden Schichten des Ruhrgebietes geworden sind, die der Bergmann aus ihrem ewigen Schlaf aufgestört hat. Die Last des auf den Riesensäulen ruhenden Gebirges schloß aber auch die vorhandene Luft ein und machte die Steinkohlflöze gas-haltig. Nach der Menge des vorhandenen Gasgehaltes schätzt man die Güte der Kohlen. So besitzt die am tiefsten gelagerte Magerkohle einen Gasgehalt von 5 bis 18 vH, während die obersten, die am Tage zunächst gelagerten Schichten, die sogenannte Gaskohle, mit einem Gasgehalt von 28 bis 30 vH, die mittleren Schichten, die Fettkohle, mit 18 bis 27 vH berechnet wird. Der Süden des Ruhrgebietes ist zutage gelagert, der Norden hat Schächte von über 1000 Meter Tiefe.

Hier unten ist das gefährvolle Arbeitsbereich des Bergmannes, in den Stollen, Querschlägen und Strecken, und nur das Grubenlicht, dieses kleine, künstliche Flämmchen, das doch einen Hauch von der Wärme und Helle des Tages in die ewige Finsternis hinabtrifft, ist sein Begleiter. Nirgends ist die Kameradschaft größer als unter Bergarbeitern, denn die Gefahr, die tägliche Todesbereitschaft, schmiedet zusammen. Aber auch nirgends ist die Schwermut größer, die Leidenschaft, das Gewalttätige, Finstere, Hervordrechende — die Nervosität. Überall, wo Bergarbeiter beisammenstehen, sieht man das Fahriges, Hastige, aber auch das Großzügige. Besonders aber in der Waschkäule, während der letzten Möglichkeit, sich im Tageslicht unterhalten zu können.

Dort sitzen sie, wenn sie sich umgezogen haben, in durchschweißten Arbeitslumpen, das Kleiderbündelchen mit einem Kettchen hinauf an die Decke gezogen, und können sich nicht trennen. Es ist ein geheimes Zögern, schwer zu erklären. Ein Noch-etwas-erzählen-Wollen, das ihnen geschlechterlang im Blute liegt. Aber der Zeiger rückt vor, es ist Schichtwechsel, und sie gehen im Werktagmarsch hinauf an die Lampenausgabe, dann zur Hängebank, vor die Fahrstühle, in die Körbe. Unten poltern die Separiertrommeln und Wäscherien, wo die Kohlen gereinigt werden. Auf der Hängebank begeben sich die Kumpels hintereinander zur Seilfahrt, das Gezäh-zung auf dem Rücken. Ein schwingendes Signal — und der Korb hält, nimmt fünfzig Menschen und taucht sie in die Tiefe, in die Nacht der Erde, durch den reißenden Windstrom des Schachtes, der die Kleider aufbläht. Oben, bei dem Anschläger, bleibt nur eine kleine Blech-marke, die Nummer Soundsoviel, die ein ganzes Leben umschließt, die Todesmarke, und das Kleiderbündel in der Waschkäule.

Ein Untergrundbahnhof ist es, der uns empfängt. Eine riesig gewölbte Halle mit Gleisanlagen, auf den das Licht der Bogenlampen glänzt. Rechts befindet sich der Bahnhof der Elektromobile, davor stehen die leeren Wagen, die Hunte, die 750 bis 1000 Liter fassen, und links die Telefonzentrale, daneben das Pulvermagazin, in die Weite aber führen die Stollengänge hinaus in die Reviere, zum Arbeitsort. Das sind Wege von mitunter zwanzig bis dreißig Minuten Marschzeit, zuerst verschalt und ausgebaut, dann enger und enger werdend. In einem Graben fließt das Grundwasser ab. Es herrscht völlige Finsternis. Die Grubenlampen der Kumpels wandern fern voraus, wie leuchtende Perlen an einer Schnur in die Höhe gehangen. Im Revier erwartet uns eine abermalige Tiefenfahrt im Revierfahrstuhl, der heftiger gegen die Spurdatten schlägt als der Fahrstuhl im Schacht. Hier ist die Luft dampf und feucht, und wenn wir in der Sohle aussteigen und knöcheltief durchs Wasser waten, kalt wie im Dezember, vor Ort aber, im Flöz, erstückend heiß. Dabei ist der Raum so eng, daß niemand aufrecht, jeder vornüber gebeugt, sich bewegen muß, unter dem Knistern des ziehenden Gebirges, das all-überall aus der durchknickten Verzäunung quillt. Wir sind jetzt einen halben Kilometer vom Revierfahrstuhl entfernt, hinter der Wettertür, im Flöz. Es wird „gebuttert“, das heißt, das erste Frühstück eingenommen. Denn beginnt die Arbeit vor Kohle.

Mehr und mehr ist an die Stelle der Handarbeit der Maschinenbetrieb für den Abbau der Kohle getreten. So wurden im Jahre 1927 75 vH der Förderung des Ruhrgebietes durch Abbaumaschinen und 8 vH durch Schrämmaschinen gewonnen. Der Abbaumaschine ist ein mittels Preßluft angetriebener Schlagbolzen, der Stück um Stück aus dem Flöz schält, aber da er festgehalten werden muß, ist der Wechsel von Hacke zu Maschine ein durchaus bedenklicher: fünfzig Kilo sind es, die der Bergmann festhalten muß, und das stoßweise Knattern des Abbaumaschines macht ihn zu einem wild durcheinander-

geschüttelten Nervenbündel. Neben an erblickt man die Schrämmaschine, die für besonders harte Kohle Verwendung findet. Sie ist eine mit Fräsern besetzte Stahlstange, die in Rotation gebracht und durch das Flöz geführt wird, als schnitte ein Messer in ein Laib Brot. Und hin und wieder durchbeben dumpfe Knalle das Erdreich: die Kohle wird durch Sprengung gewonnen. Die Strecken durchhallt der Donner der Schüsse und das Poltern der berstenden Blöcke, daß Menschen und Ratten unwillkürlich sich zusammenducken — Rauchschwaden verziehen sich — der Tod, der treueste Kumpel des Bergmannes, ist sachte vorbeigegangen.

Von Ort, vom Abbau der Kohle, führt eine Strecke nach unten, zur Förderung, von wo sie nach dem Revierfahrstuhl gefahren, dort zu einem Zug zusammengestellt und dann mit der Elektromobile zur Schachtförderung gebracht wird. Bei flacher Lagerung der Strebe fördert man die Kohlenrümpfer auf Gleitbahnen hinab, den Schüttelrutschen, die durch Preßluftmotore angetrieben werden. Verstopft sich die Förderung, müssen „die Kohlen gepumpt werden“. Das ist wohl eine der mühevollsten Arbeiten, ein mühsames Schaufeln auf den Knien, auf dem Rücken liegend, in einem Raum, der mitunter kaum Platz läßt für einen langhingestreckten Körper — und in einer Höllenhitze. Aber nicht nur einen Meter, achtzig Meter, stellenweise noch mehr, müssen durchkämpft, müssen durchlitten werden! Es ist ein Passionsweg von Meter zu Meter unter der drängenden, bröckelnden Gebirgskrone. Hände und Rücken bluten, der Kohlenstaub zerreißt die Lunge, nichts ist um den Menschen als der Kohlenstrom, der Geruch des eigenen Schweißes, das Pünktchen der Grubenlampe auf Armlänge, dann Nacht und quälende Finsternis.

Schichtwechsel! Die Schachtsirenen rufen. Eine neue Schlacht wird geschlagen im Ruhrgebiet, die Schlacht der Arbeit, und das Heer strömt hin zu den Gruben, kommt vom Pütt, Mann um Mann, das blinkende Kaffeblech auf dem Rücken. Die Lehrhauer pfeifen ein Lied, das Lied von den Mädchen, und träumen wache Träume von heuduftenden Mondscheinmächten, und aus der Menage, dem Ledigenheim, klingen Ziehharmonikaklänge, die Laute des Bergmannsklaviers. Vielleicht ist die Musik Todesmusik der letzten Schicht, der sie aufspielt. Überall stehen zum Schichtwechsel im Ruhrgebiet Frauen an den Türen und sehen ihren Männern nach.

Kranke Kinder

Wenn man den Geburtsanzeigen glauben darf, kommen fast nur gesunde Kinder zur Welt. Die Freude über die Gesundheit dauert allerdings oft nicht lange. In der Ferne lauert das zahl-reiche Heer großer und kleiner Kinderkrankheiten. Viele der kleinen Menschen verlassen die Welt bereits wieder, bevor sie noch zum Bewußtsein ihres Lebens gekommen sind, andere fallen in späteren Jugendjahren langem Siechtum oder einer plötzlichen tückischen Krankheit zum Opfer.

Wie ängstlich sorgt das bangende Elternherz um die drohenden Gefahren der Kinderkrankheiten. Wieviel wird da nachgedacht, um zu helfen, wenn die Not bereits da ist. Wieviele schlaflose Nächte werden durchgewacht, wieviele Opfer gebracht, um den Schmerz des Kindes zu lindern, um das düstere, lauernde Todesgespenst zu bannen. Die Not der Kinderkrank-



heiten wird noch bitterer, wenn sie von den Erwachsenen verschuldet sind. Denken wir an die Vererbung. Wie manche Kinder erblicken trotz der frohen Geburtsanzeige das Licht der Welt mit dem Todeskeim in sich. Die Erfahrung, daß kranke Eltern oft auch kranke, schwache Kinder haben, wird zu einer ersten Mahnung zu einem zuchtvollen und vernünftigen Leben.

Allerdings gibt es auch eigentliche Kinderkrankheiten, die eine Notwendigkeit, eine besondere Entwicklungsstufe sind. Durch sie entledigt sich der Körper dessen, was er nicht gebrauchen kann. In diesem Lichte gesehen, ist die Krankheit keine noch etwas Krankhaftes, sondern vielmehr ein Heilungsvorgang, Gesundung, die bei richtiger Wartung auch meist harmlos verläuft und dann einen höheren Grad von Kraft und Schönheit zur Folge hat. Auch hier wird jener Satz wahr, daß das Edle, das Herrliche durch Läuterung und unter Schmerzen hervorgeht.

Es ist das Nächstliegende, daß eine Mutter selber die Pflege ihres kranken Kindes übernimmt. Das sind Pflichten, die niemand so leicht abnehmen kann. Schon die Nähe seiner Mutter bedeutet dem Kinde schon ein Glück. Auf dem Krankenlager hilft die Nähe der Mutter viel ertragen, hier können überhaupt Mutter und Kind einander näher. Wie sollte sich sonst auch ein Kind an seine Mutter heranwagen, wenn sie es in den Tagen der bösen Not nicht mit ihrem Herzen umschließen mochte. Freilich verlangt die Pflege des

kleinen Kindes oft Riesenanstrengung. Aber sie wird von der Mutter geleistet, die ja, wie das Märchen erzählt, auch ihre Tränen zurückhält, wenn sie damit ihres Kindes Glück erreichen kann. Auf die Art der Pflege kommt es ja viel an. Ein sehr Wichtiges hebt Lhotzky in seinem lesenswerten Buche über Die Seele deines Kindes hervor: „Wenn dein Kind krank wird, so vertraue in erster Linie auf seine innere Kraft, deren es mehr in seinem kleinen Körper trägt als jeder Erwachsene. Sei vor allem in dir ganz ruhig und mache kein Jammern um dein Kind her. Laß keine ängstlichen Seelenschwingungen von dir ausgehen. Deine Ruhe muß über dein Kind ausströmen, wenn du es in den Armen hältst. Du bist die einzige Zuflucht, die dein geängstigter Geist kennt. Geht aber von dir lauter Angstlichkeit und Verzagen aus, so wird sich das dem zarten Fühlen des Kindes mitteilen und die Sache wird schlimmer als nötig.“

Es mag nicht selten sein, daß gesund geborene Kinder ihre späteren Krankheiten elterlicher Unwissenheit, Ungeschicklichkeit oder Sorglosigkeit danken. Wie kann sich daher eine Mutter ihrer heiligsten Pflicht entziehen, ihr kleines Kind in jeder Weise selbst zu betreiben? Wenn sich der berühmte Rousseau ein Verdienst erworben hat, so dadurch, daß er mit flammender Beredsamkeit jene Forderung betonte: Keine Mutter, kein Kind! Die einen Mütter mögen ihr Kind nicht pflegen, weil ihnen andere Dinge vorgehen, andere können es nicht. Zwar wird echte Mutterliebe meist das Rechte finden, aber vieles will in der Kinderpflege doch auch gelernt sein. Darum wird heute mit Recht die Notwendigkeit hauswirtschaftlicher Schulung betont. Denn wo sterben die meisten Kinder? Wo man es an der sorgfältigen Pflege fehlen läßt.

Kranke Kinder sind auch erzieherisch besonders zu bedenken. Es liegt so nahe, daß die Eltern ihnen, die so manches entbehren, dessen sich gesunde Kinder erfreuen, ein großes Maß von Liebe zuwenden. Hierin liegt aber eine Gefahr, nämlich die, daß das kranke Kind verzogen wird. Es darf ihm durchaus nicht jeder Wunsch gewährt werden, sonst fordert es sich bald das Blaue vom Himmel herunter, es wird verwöhnt, anspruchsvoll, verweichlicht. Hier dürfen sich Eltern nicht von blinder Liebe leiten lassen, sondern müssen sich klar darüber werden, was zum Besten ihres Kindes dient. Besonders sei hier gedacht an dauernd kranke oder gebrechliche Kinder. Die Menschen werden nicht immer Rücksicht auf sie nehmen. Es ist daher nur weitblickend und wirklich liebevoll gehandelt, wenn Eltern ihre Kinder doppelt gut und mit Festigkeit erziehen, sie lehren, sich liebenswert zu zeigen, damit sie später einmal ihre Mängel durch besondere Vorzüge des Charakters auszugleichen wissen. Je kränker also ein Kind ist, um so gesunder sei die Erziehung.

Es gleicht die Not des kranken Kindes um vieles aus, daß auch ein reicher Segen von der Krankheit ausgeht. Es wurde schon betont, wie die Krankheit das Verhältnis des Kindes zur Mutter, zum Vater immer inniger gestaltet, veredelt. Wie manchmal mögen sich Gatten, die sich entfremdet waren, am Lager ihres Kindes wieder zusammengefunden haben. Wieviele sittliche Werte des Mitfühlens, der Nachsicht, des Opfernens werden in den Geschwistern wachgerufen, wenn sie mit Eltern, Brüdern und Schwestern zusammen leiden, wenn sie die tausend großen und kleinen Rücksichten auf die Krankheiten tagtäglich aufs neue üben. Wie sehr ist aber das Leiden auch selbst in-stande, das Kind zu läutern, es zu erziehen, es vielleicht von Grund aus umzuwandeln. Behält dann nicht auch hier das Bibelwort seine tiefe Wahrheit: Es ist dem Manne gut daß er das Joch in seiner Jugend tragen lerne. P.H.

Wie lange noch?

Der Wecker rasselt. Raus aus dem Bett, rin in die Kleider. Hastig eine Tasse Kaffee, eine Schnitte Brot, und dann los zur Arbeit. Auf der Straße viele Menschen, die gleich mir zu ihrer Tagesfron eilen. Die Köpfe gesenkt, freudlose Mienen, die Schultern eingezogen, als fröhen sie innerlich. Besondere Typen fallen auf. Die bleichsichtige Näherin, die Büroangestellte mit dem nervösen Mund, der kleine Schlosserlehrling mit den Kinder-Augen, der Arbeiter mit dem verbissenen Gesicht und dem schweren Gang.

Bald sind wir alle hinter unserem Arbeitsplatz. Im Büro die einen, hinter der Nähmaschine, der Drehbank, dem Schraubstock, hinter dem Amboß die anderen. Rationalisierung ist eigentlich ein schönes Wort. Vernunft-gemäße Gestaltung des Arbeitsprozesses heißt es — frei über-setzt. Der Unternehmer schiebt es täglich viele Male im Munde herum und meint damit: schonungsloses Ausbeuten der menschlichen Arbeitskraft. Wie müssen wir uns mühen! Die Maschinen rasen, die Hämmer dröhnen, die Hände packen und lassen los ohne Unterlaß. Die Hirne grubeln hinter Zeichnungen, Zahlenkolonnen — und wenn der Abend kommt, gehen wir unseres Weges, zermürbt und ausgelagert, das Hirn zerfasert.

Für wen? Für uns, für unsere Kinder? — Nein, für ehrgeizige Streber, denen Anhäufung von Besitz Genuß ist. Für Lebemänner, Nichtstuer, Schurken. Für Frauen, die, wenn uns der Schweiß von der Stirne tropft, im Kaffeehaus sitzen, die abends die teuersten Plätze im Konzert, im Theater einnehmen, die Bäder bevölkern in Gegenden, die paradisiisch schön sind. Unsere Frauen müssen immer in den dumpfen Stuben der Mietskasernen bleiben. Unsere Arbeitschwestern, die bleich-süchtigen, abgearbeiteten, wo gehen die hin?

So, die Fabrik ist da. Hinein, umziehen, die Kontrolluhr stechen, arbeiten, schuften, schinden. Die Familie will essen! Die Akkordsätze sind ausgeklügelt bis auf die Zehntelminute. Tempo, der Kapitalismus will es!

Wird eines Tages die Welt so sein, daß man ruhig und gelassen arbeitet? Daß man freudig heimgenhen kann in eine ruhige, sonnige Wohnung mit dem Bewußtsein: wenn du heimkommst, findest du sorglose, fröhliche, gesunde Menschen? Daß man Frau und Kinder, wenn sie wirklich einmal krank geworden, dorthin schicken kann zur Genesung, wo jetzt die Weibchen und Hüxen von unseren Schindern sind?

Ja, der Tag wird kommen, wenn du immer mithilfst am Werk. Genosse, immer daran denkst, daß du kein Sklave bist, kein Arbeitstier. Dein Recht vom Leben ist genau so groß wie das deines „Arbeitgebers“. C.L.

Entfettung

Federmann wird dick und dicker. „Reiten“, empfiehlt der Arzt. Federmann reitet morgens zwei Stunden, abends zwei Stunden. — „Wie ist es denn mit der Gewichtsabnahme?“ fragt der Arzt. — „Fünfunddreißig Pfund“, sagt Federmann. — „Wie?“ verwundert sich der Arzt. „Fünfunddreißig Pfund haben Sie abgenommen?“ — „Wieso ich?“ sagt Federmann, „das Pferd“.

Platzmangel

„Unser Waldi ist fabelhaft intelligent! Seit wir die kleine Zweieinhalb-Zimmerwohnung bezogen haben, geht das Tierchen aus lauter Rücksicht nur noch auf den Hinterbein!“

Die Truhe

Bekanntschaften sind in der Großstadt schnell gemacht, ebenso schnell fallen sie auseinander. Belsen und Witt hatten sich im Lesesaal der Stadtbibliothek kennengelernt. Der junge Mensch, ein Buch in der Hand wendend: Gedichte. Offenbar hatte er sich im Titel vergriffen. Auf einmal lag des Alten Hand auf seinem Arm:

„Lesen Sie nur. Ein gutes Buch. Der Verfasser sieht die Welt nicht in rosafarbener Tunke, nee, brutal, wirklich, wie sie ist!“

Verwundert hatte Belsen aufgeschaut in das knochige, langschädliche Antlitz seines Nachbarn. Ein Arbeiter, der Gedichte las? So waren sie ins Gespräch gekommen. Es geschah in der Folge, daß sie immer in der Bibliothek warteten, um hier oder auf einem Spaziergang durch die Straßen sinnvoll vertiefte Gespräche zu führen über ein Buch, das sie beide gelesen hatten oder über Weltanschauungsfragen, die durch die außerordentliche Belesenheit des Alten in ihren Grundfragen aufgerollt wurden. Dabei erkannte der Arbeiterstudent bald, daß Witt der Gebende war.

Witt war zur See gefahren, er kannte wohl alle Hauptstädte und alle Menschenrassen in der Welt. In Australien hatte er als Maurer gearbeitet, in Amerika auf Farmen, in Bergwerken und in den Goldwäschereien. Er war stets von einer wunderbaren Nachsicht einem Andersdenkenden gegenüber, aber der Gegner hatte stets das Gefühl, daß Witt recht habe und seine Nachsicht der eigenen Stärke seiner Lebensansicht entsprang. Das wirkte bei dem Alten gewissermaßen auffallend; denn man hätte sich diesen klugen und gebildeten Menschen in einer anderen Lage und Stellung vorstellen können, nicht in der Rolle eines einfachen Arbeiters.

Eines Abends aber wartete Belsen vergebens auf seinen Freund, er blieb auch fortan weg. Belsen schmerzte es, denn er hatte geglaubt, daß diese Gespräche, diese still sich angebahnte Freundschaft für beide Teile ein Bedürfnis geworden sei. Der Alte mochte seinen Wohnsitz verändert haben, vielleicht hatte ihn auch die Unruhe nochmals auf die Wanderschaft in die große Welt hinausgetrieben.

Belsen erstaunte, als er bei seiner Heimkehr mitten in seiner Stube ein eigenartiges Möbelstück, einen großen Koffer vorfand, eine Truhe aus Tannenhholz, rot gebeizt, mächtig wie ein Sarg, nur höher gewölbt. Sie wirkte nicht alttümlich und nicht neu. Es war ein sogenannter Knechtelkoffer, den die Landarbeiter in Mitteldeutschland noch heute mit sich führen, wenn sie mit ihrer kleinen Habe den Dienst wechseln.

Belsen ging um den Koffer herum und besah ihn von allen Seiten. Sein wunderliches Vorhandensein im Zimmer erschien rätselhaft, fast unheimlich. An einem der eisernen Handgriffe hing ein Zettel und der in Papier gebundene Schlüssel. Tatsächlich war die Sendung an ihn gerichtet, wie der Frachtbrief auswies, den seine Wirtin in seiner Abwesenheit ihm auf den Tisch gelegt hatte. Der Frachtbrief verriet auch den Absender: Otto Witt. Zum erstenmal las Belsen hier die Adresse seines Freundes: Petersburger Straße 123 im Hinterhaus; er hatte sich nie getraut, ihn danach zu fragen. Was mochte nur Witt bewegen haben, ihm dieses unförmliche Möbel auf die Bude zu schicken? Belsen versuchte, den Koffer anzuhängen, er war schwer wie Blei.

Belsen begann in gesteigerter Erregung und Neugier die Truhe zu öffnen. Sie war bis zum Rande hin mit Büchern gefüllt. Was Belsen auf den ersten Blick erkannte, es war ein köstlicher Schatz, eine ganze Bibliothek, mit der Sorgsamkeit eines bildungsbehafteten Menschen gesammelt. Obenauf lag ein an Belsen adressierter Brief:

Nehmen Sie, Junger Freund, diese Bücher als Geschenk. Ich konnte mir keine bessere Verwendung denken, als sie Ihnen zu hinterlassen. Das Wissen, die Erkenntnisse, die Sie aus den Werken schöpfen, mögen Ihnen selbst als Waffe im Lebenskampf dienen, aber auch der Klasse dienen, der Sie und ich entstammen und für deren Befreiung Sie zu kämpfen sich vorgenommen haben. Wenn der Koffer Scherereien macht, so machen Sie Kleinholz daraus, obwohl mich dieser Gedanke sehr betrübt. Er war das einzige Erbstück aus meinem Elternhause und er hat mich auf meinen Lebenswanderungen getreulich immer begleitet. Alles ist vergänglich, nur die Zuversicht nicht, daß sich das Werk der Aufklärung vollendet. Ich selbst stehe still vor diesem Leben, das mich mit einer sehr schmerzvollen Krankheit plagt und mir keine andere Aufgabe mehr zuerteilt, als Ihnen gefällig sein zu können. In alter Freundschaft Ihr Otto Witt.

Belsen ließ das Blatt sinken, Schmerz und Trauer übermannte ihn. Das war Witt, wie er ihn kannte, ein treuer, gewissenhafter, kostbarer Mensch! Und dieser Mensch war nicht mehr, der Tote schickte ihm seinen Gruß. Still war der Alte fortgegangen ohne jedes Aufsehen, im Tod allein, wie er im Leben als Einzelgänger gegangen war.

Mit großem Eifer begann Belsen auszupacken. Stunden gingen mit dieser Arbeit hin, denn jedes Buch mußte erst einmal hin- und hergewendet und auf seinen Inhalt geprüft werden: der köstlichste Genuß für einen Bücherfreund. Bei dieser Betrachtung fiel Belsens Blick auf die Innenseite des aufgeschlagenen Deckels der Truhe. Er las einige mit Bleistift hingeschriebene Worte, Zahlen und Namen, verwischt, wie vor langer Zeit notiert. Belsen versuchte, diese Anmerkungen einer des Schreibens ungewohnten Hand zu entziffern.

Voran stand ein Name mit großen Buchstaben gemalt: Otto Witt, geb. am 12. Juni 1838. Das konnte nur der Name von Witts Vater gewesen sein. Doch darunter stand eine Rubrik mit immer denselben gleichförmigen Worten und Zahlen:

- an Lohn erhalten Michaelis 1856 = 20 Thaler
- an Lohn erhalten Michaelis 1857 = 20 Thaler
- und so weiter.

Der Jahreslohn stieg 10 Jahre später auf 30 Thaler.

1872 begann die Rubrik wieder aufs neue. Der Lohn erhöhte sich auf 45 Thaler, um zuletzt bis zu 100 Thaler anzusteigen. Fast 30 Jahre hindurch war die Rubrik durchgeführt worden; es war ein Zeichen dafür, daß die Truhe zur Aufbewahrung von Geld- und Familienpapieren gedient hatte.

Das Letztere bewies die Rubrik rechts von den Zahlenkolonnen, die mit nicht milderer Gewissenhaftigkeit geführt war. Voran stand ein Frauennamen: Berta Witt, geborene Hesse. Der Name, offenbar der der Mutter, war in Verbindung mit dem des Besitzers geschrieben worden: der Tag der Hochzeit stand dahinter und die Zeile endete mit einem rotgemalten Herz, das die verschörkelten Buchstaben B. und O. trug.

Es folgte nun die Familienchronik der Namen Witt: Gustav Witt, geb. 18. Februar 1860, † 29. September 1866. Das Kreuz wollte anzeigen, daß das Kind im Alter von sechs Jahren verstorben war. Acht solcher Eintragungen erfolgten untereinander von Knaben- und Mädchenamen; nur bei dreien war das mysteriöse Kreuz und der Todestag nicht eingezeichnet. Auch Otto Witts Name als Zweitgeborener war unter den Lebenden. Den Beschluß machte der Name der Mutter, der auch am Anfang stand. Das Kreuz dahinter nannte den Todestag, der mit dem des jüngsten Kindes gleich lautete.

Es war eine reinliche und einfache Buchführung, wie Belsen erschütternd feststellte. Links das „Soll“ und rechts das „Haben“. Otto Witts Leben, sein Tod erschien plötzlich in ganz anderem Lichte. Auch Witt hatte schwer an dem Vermächtnis der Familie zu tragen gehabt, man erkannte deutlich, wie der junge Witt in seiner Jugend gehungert und gedarrt hatte bei dem 100-Taler-Jahresdienst seines Vaters. Aber Witt hatte sich mit eisernem Willen von dieser Abhängigkeit der Armut befreit.

Wahrheit über Rußland

Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße, hat in einer verbilligten Gewerkschaftsausgabe folgende drei Bücher des Rußlandkenners Panait Istrati herausgebracht, die im nachfolgenden einer kritischen Würdigung unterzogen werden: „Auf falscher Bahn“ (16 Monate in Rußland). Kartonierte 2,80 M., Organisationspreis 2 M. — „So geht es nicht“ (Die Sowjets von heute). Kartonierte 2,80 M., Organisationspreis 2 M. — „Rußland nackt“ (Zahlen beweisen). Kartonierte 3,80 M., Organisationspreis 2,70 M.

Unter den vielen Schriften über Rußland, mit denen der deutsche Büchermarkt in den letzten Jahren überhäuft wurde, verdienen die Schriften Istratis in vieler Hinsicht besondere Bedeutung. Als rumänischer Arbeiter hat Istrati am eigenen Leib das proletarische Los erfahren und ist von leidenschaftlicher Empörung gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung durchdrungen.

Er betätigte sich vor dem Kriege als Syndikalist und war, wie er sich selbst schildert, „Anhänger der Machtergreifung durch alle Mittel“. Das war keine angelegene Überzeugung, sondern schlankweg Temperamentsache. Seine sozialistische Gesinnung ist vom Drang nach Gerechtigkeit getragen, sie ist im sozialen Gefühl und nicht in einer Doktrin verankert. Er ist mißtrauisch gegen alle diejenigen, „welche die Theorie zur Revolte geführt hat, weil sie auch durch die Theorie wieder davon abgekommen sind“. Dagegen ist ihm „das Gefühl die Kraft, welches das ganze Leben aufwühlt“.

Mit der ganzen Kraft seines sozialen Willens begeisterte er sich für den Bolschewismus, in dem er ursprünglich die tatkräftige Verkörperung der sozialen Gerechtigkeit erblickte. Nachdem er einen europäischen Namen als Romanschriftsteller erworben hatte, ging er zum zehnjährigen Jubiläum der Sowjetmacht nach Rußland, wo er mit großen Ehren empfangen wurde. Er begnügte sich aber nicht, wie unzählige Rußlandreisende, mit einem kurzen, vergnügten Touristenaufenthalt, sondern verblieb 16 Monate lang in der Sowjetunion und war bestrebt, in unmittelbarer Fühlungnahme mit Menschen und Einrichtungen die wahren Zustände in den verschiedenen Gebieten des Sowjetreiches kennenzulernen. Er kehrte als „Besiegter“ zurück: „Diejenigen, auf die ich baute wie auf Fels, sind gleichfalls ein Gezucht, ein Ungeziefer, das alles aufopfern würde zum Heile ihrer teureren Doktrin, die Unschuldige zermalmte.“ (Seite 46.)

Seine Reiseeindrücke sind ein wilder Aufschrei eines in seinem heiligsten Glauben enttäuschten Menschen. Alle Ehren, die ihm erwiesen wurden, die hohen Honorare, die ihm für die Übersetzungen seiner Romane gezahlt wurden, vermochten nicht, wie es bei so vielen anderen westeuropäischen Schriftstellern der Fall war, ihn blind zu machen gegen die Verbrechen des Regimes. Es klingt wie eine Anklage gegen die Lohschriften so vieler Rußlandreisender, wenn Istrati behauptet, daß man nicht einmal der Sprache mächtig sein müsse, um die Wahrheit zu erkennen: „Ich kann sagen, daß die Wahrheit selbst einem Taubstummen zugänglich ist, wenn er sie sucht. Was in Rußland schwer zu erlangen ist, wenn man, wie ich, ein Fremder und Halboffizieller ist, das ist das Vertrauen der Leute. Besitzt man aber einmal diesen Wunderschlüssel, dann tun sich, wie mit einem Zauberschlag, alle Türen zur Wahrheit auf.“ Und mit Hilfe dieses Wunderschlüssels hat er viele Tatsachen gesammelt, die ihn zu folgender Beurteilung veranlaßten:

„Sie haben ganz bewußt die Ungerechtigkeit in Amt und Würden eingesetzt, haben weite soziale Schichten korrumpiert, und ganz besonders die Flenden, um sich Mehrheiten zu schaffen und an der Herrschaft zu bleiben. Ihre Art der Korruption ist die unmenschlichste: Willst du zu essen haben, wenn auch mager, so mußt du in der ‚Bewegung‘ sein; du mußt sogar den Kameraden denunzieren, der sich dazu nicht hergibt.“

So ist Rußland zu jener Schmach gekommen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat: Die Hälfte der Klasse ist gegen die andere Hälfte der gleichen Klasse losgelassen worden. . . . Schlimmer noch, die Zukunft ist erschlagen worden, denn die Kaders der Jugend, der Komsomols, sind faul bis ins Mark.“ („Auf falscher Bahn“, Seite 49/50.)

Istrati hebt hervor, daß er mit Absicht keine Namen, Orte und genauere Begebenheiten anführt, um nicht „Tausende von Unschuldigen einer unarmherzigen Verfolgung preiszugeben“. Aber dank seiner dichterischen Begabung schildert er die Zustände mit solcher Lebendigkeit, daß der Leser sich im Innersten gepackt fühlt und von seiner Wahrheitstreue überzeugt wird. Nichts liegt ihm ferner als die Übertreibung der Verbrechen des Bolschewismus, denn mit jeder Schilderung, die den Bolschewismus bloßstellt, schneidet er sich selbst in das blutende Herz. Sein Zorn gilt denen, „die an der Schlüssel sitzen, und vor allem ihren Methoden, die Welt zu ‚revolutionieren‘“.

Die Frage, ob er denn nicht, bevor er nach Rußland ging, auf dem laufenden war, beantwortet er mit einem entschiedenen Nein: „Kaum ein Zehntel des internationalen kommunistischen

Proletariats weiß recht, was in Rußland vorgeht, sonst wäre auch die Partei völlig verlassen, und eine neue Bolschewikenseite müßte entstehen auf neuer, anständiger Grundlage, die ihren Führern keine unumschränkte Gewalt mehr einräumen würde.“

Er sieht klar den Abgrund, in den das Diktaturregime jedes einzelnen Land und die ganze Menschheit stürzen muß:

„Führt man ein Regime ein, welches aus der schlammigen Tiefe der menschlichen Seele alles in die Höhe wirbelt, was unsere Triebe an Niedrigem enthalten, dann wird Lüge, Heuchelei, Angeberei, Mord für alle das leichteste Mittel sein, ihr Dasein zu sichern, die eingesehen haben, daß man es durch Arbeit, Anständigkeit, Offenheit zu nichts bringt. . . . Was aber sollte aus uns werden, wenn eines Tages eine Rechts- oder Linksdiktatur diese Laster in der ganzen Welt zum Range eines Regierungssystems erheben würde? Man lasse diese Ungeheuer auch nur einen einzigen Tag lang auf die arme Menschheit los, und zehn Generationen werden nicht ausreichen, sie zu bändigen.“ (Seite 121.)

Angesichts der drohenden Diktaturgefahren in Westeuropa wird man diese Ausführungen besonders beherzigen. Meisterhaft schildert Istrati die tiefste Erniedrigung des Menschen, des Proletariats, der für das Stückchen Brot seine Gesinnung unter der Diktatur verkaufen muß:

„Brot, das ist das ganze Leben, wenn das Leben nur noch eine Hölle ist. Wenn das Recht zu denken und sich frei zu bewegen bloß noch in der Erinnerung besteht, dann wird das gesicherte tägliche Brot etwas Ungeheures, es wird alles. Das weiß der Diktator, und er nützt es aus. Er streckt seine Hand, schwarz oder rot, nach dem Magen des Mannes aus und gibt ihm zu verstehen: „Sterben, das ist das wenigste. Das bringt jeder fertig, man sieht es im Krieg und in der Revolution. Aber Hunger leiden und kein Obdach haben und trotzdem leben, das ist schlimmer, und da ich an der Herrschaft bleiben muß, frage ich dich, was du denkst. Und je nachdem, was du denkst, wirst du dein Stück Brot und dein Obdach haben.“ (Seite 198.)

Diese in ihrer Schlichtheit erschütternde und durchaus nicht übertriebene Schilderung belegt Istrati mit dramatischen Fällen aus dem Leben verdienstvoller und ehrlicher russischer Arbeiter, die ihre Gesinnung nicht den jeweiligen großen und kleinen Diktatoren preisgaben.

Istrati wirft die Frage auf: „Weiß die Arbeiterschaft der Welt, was Rote Syndikate (Gewerkschaften) sind?“, und er klärt die westeuropäischen Arbeiter folgendermaßen darüber auf:

„Sie haben folgenden Zweck: Man behält alle Mittel in der Hand, durch die ein Arbeiter seinen Lebensunterhalt verdienen könnte, und verteilt die Arbeit je nachdem derjenige denkt, der von seiner Arbeit leben will. Mit Hilfe dieser Roten Syndikate diktiert die Partei ihre Gesetze in Fabrik, Werkstatt, Kaufladen, Büro, Wohnung und überall. Niemand kann anders als durch das Syndikat Beschäftigung finden. Wer aus dem Syndikat ausgeschlossen wird, dem bleibt nichts übrig, als sich eine Kugel in den Schädel zu jagen. Jede lohnende Beschäftigung, jede Möglichkeit, einen Unterhalt zu finden, ist ihm verschlossen.“

Man bedenke, welche entsetzliche Gewalt in die Hand von Menschen gelegt ist, denen die offiziellen Schulen predigen, daß ‚Moral‘ und ‚Anständigkeit‘ ‚bürgerliche Vorurteile‘ sind, daß nur der Materialismus Wirklichkeit ist. . . .“

Im dritten Band „Rußland nackt“ wird in drei Kapiteln das tragische Dasein des russischen Arbeiters geschildert, sein Wohnungselend, sein Lohnmiserere, seine Erniedrigung im Betriebe. Seitdem diese Kapitel abgefaßt wurden, hat sich die Lebensmittellage auch der russischen Arbeiterschaft zur Hungersnot verschärft, ist die Freizügigkeit des russischen Arbeiters abgeschafft worden, ist er allmählich in den Lohnsklaven der Diktatur verwandelt worden.

An einer Stelle ruft Istrati aus: „Ach Freiheit, Freiheit! Mein Herzblut gäbe ich hin für dich!“ Er spricht damit aus der Seele von Millionen russischer Arbeiter, die unter unsäglichem Leid und Druck durch die Diktatur zum Totschweigen verdammt sind. Die Schrift Istratis ist ein ehrliches Bekenntnis eines Mannes, der in seiner kommunistischen Überzeugung Schiffbruch erlitten hat. Wir können diese Schrift jedem deutschen Arbeiter wärmstens empfehlen. Aber unter vielen Illusionen, die Istrati nach seinen Erlebnissen in Rußland aufgeben mußte, bewahrte er sich eine Illusion, die ebenfalls nicht aufrechtzuerhalten ist, den Glauben nämlich, daß der Bolschewismus à la Lenin und Trotzky etwas ganz anderes war als der Bolschewismus, den er in Rußland persönlich kennenlernte. Wäre Istrati zur Zeit Lenins in Rußland gewesen, wäre er auch dieses Glaubens beraubt worden. Denn der Grundstein zu jener geistigen Knechtschaft, gegen die er sich mit Recht leidenschaftlich aufbäumt, ist eben zur Zeit Lenins und Trotzky's gelegt worden. Es ist die Diktatur an sich, die keine geistige Freiheit verträgt. Und wer die geistige Freiheit will und sie als höchstes Gut erkannt hat, sie als Grundbedingung des sozialen Aufstiegs der Arbeitermassen ansieht, der muß folgerichtig für die Demokratie eintreten. J. Grünfeld.

Er hatte die ganze Welt kennengelernt, war ein Gebildeter geworden, wengleich auch nur ein Arbeiter.

Und plötzlich erkannte Belsen mit innerer Befreiung und Freude, daß ein Aufstieg wohl möglich ist, ja, daß er schon begonnen hat. Dieser Querschnitt, aus dem Leben vorausgegangener Geschlechter gezogen, und sein und seines Freundes Witts Leben dagegen gestellt, bewies es: Ein kühner Entschluß rang sich in Belsen hoch und sein Blick weitete sich über dem Haufen toter Bücher und toten Wissens: an der Befreiung seiner Menschenbrüder mitzuarbeiten in rastloser Arbeit.

Friedrich Natteroth.

Arbeit

Vor der Stadt, mitten im Wald, liegt die Schulfarm. Ein Bach ist in der Nähe. Die arbeitenden Menschen der Großstadt suchen dort Sonntags Erholung. Allzuoft hatten wir gehört: man müßte hier baden können. Auf einem Gruppenabend haben wir darüber gesprochen. Dann mit der Leitung der Schulfarm.

Eines Sonntags sind wir hinausgezogen zur Schulfarm. Hacken und Schaufeln, Kippwagen und Schienen waren da. An die Arbeit. Wir, fünfundzwanzig Jungen und Mädels. In der Woche standen wir an der Werkbank, an der Drehbank, an den Maschinen. Wenn draußen die Sonne lachte, wurde heiß die Sehnsucht nach der Freiheit vom Joch der Arbeit.

Wieviel anders war es hier. Trotz der Schwere der Arbeit und der Ungewohntheit: Freudige Arbeit. Ein großes Becken für ein Strandbad haben wir gegraben. Von einer anderen Stelle den feinen Kies hergeholt. Tief in die Erde haben wir uns eingegraben, bis wir den Kies herausholen konnten, dann das Loch wieder zuwerfen. Den Bach stauen, die Ränder auszementieren: Wo es nicht schön aussah, haben wir Bäume und Sträucher gepflanzt.

Als wir angingen, wurden wir ausgelacht. Lacht nur: wer zuletzt lacht, lacht am besten. Mancher kam und sah uns zu. Dann auf einmal war der Bann gebrochen. Eine Jugendgruppe

nach der anderen kam und bakte, schaufelte, lud Kippwagen und fuhr sie fort. Wir wurden Kameraden. Der Arbeiter-Turnverein aus dem nahen Ort setzte statt der Turnstunden Arbeitsstunden am Strandbad fest. Immer größer wurde die Zahl der Helfer. Ohne Entgelt, Sonntag für Sonntag, in Regen und Sonnenschein wurde gehackt, geschaufelt, geschafft. Arbeit für die Kinder, für die freie Schule, für ausgemergelte Großstadtmenschen, denen wir draußen in der Natur einen schönen Aufenthalt schaffen wollten. Arbeit ist Freude. Ein Genosse sagte mir: „Wir erleben etwas von dem Geist jener Arbeit, die sein wird, wenn wir der Fabriken lärmend Singen zu Jubelschrei gewandelt haben.“

Nun ist das Strandbad fertig. Abteil für Schwimmer und Abteil für Nichtschwimmer ist da. Wasserrutschbahnen und jeden Sonntag viel freudige Menschen.

Fest jede Woche sind die Kinder der freien Schule hier. Hinausgekommen aus der Enge der Stadt. Immer ist Jubel und Freude auf der Schulfarm. Die Freude dieser Menschen ist unser Lohn.

Bisweilen führt unsere Wanderung zur Schulfarm oder dran vorbei; und wenn wir dann die vielen Menschen dort sehen, die sonst vielleicht in engen Stuben oder in Wirtshäusern sitzen würden, so fühlen wir uns mit Stolz als Vertreter der Lehre des Mannes, der gesagt hat: Es gilt nicht die Welt zu erklären, es gilt sie zu verändern. Hans Dohrenbusch.

Ein höflicher Herr überläßt in der Straßenbahn seinen Platz einer Dame, worauf sich ein daneben stehender Herr sofort auf den Platz niederläßt.

„Bitte, mein Herr, stehen Sie auf, ich habe meinen Platz der Dame hier abgetreten!“
„Die Sache ist in Ordnung.“ meint kaltblütig der andere, „die Dame ist nämlich meine Frau!“

„Die Dame dort muß in kleinen Zimmern wohnen.“ — „Woher wissen Sie das?“ — „Ja, sehen Sie doch, ihr Hund wackelt mit dem Schwanz von oben nach unten, nicht nach der Seite.“



Verbandsleben



Funktionäre an die Front!

Der Ausgang des Berliner Metallarbeiterkonflikts ist sicher eine der größten Belastungsproben, die die freigeorganisierte Arbeiterschaft im letzten Jahrzehnt hat bestehen müssen. In der Abwehr des Lohnabbaus versagen die christlichen Gewerkschaften vollkommen, weil ihre Führer mit Stegerwald an der Spitze den Lohnabbau wollen und planmäßig betreiben. Wir stehen also als Freigewerkschafter allein in dem Ringen um die Erhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Jahrelang haben sich die Unternehmer auf diesen Kampf gegen die Lohnhöhe vorbereitet. Sie haben sich starke, einheitliche Verbände geschaffen, haben Kampffonds eigens geschaffen, um bei passender Gelegenheit mit Hilfe ihrer Söldnertruppen, den Nazis, Stahlhelm und den Gelben, den Vormarsch der Arbeiterschaft um einige Etappen zurückzuwerfen.

Über alle diese Möglichkeiten und Ziele der Unternehmer wird in Hunderten von Versammlungen gesprochen. Alle Funktionäre, Betriebsräte usw. haben sich mit diesen Dingen beschäftigt, haben schon in guten Zeiten diese Gefahren erkannt. Wir haben darum aus dieser Erkenntnis heraus dauernd für eine Verbreiterung und Vertiefung unserer Organisation gearbeitet. Haben den Funktionärkörper ausgebaut, haben Schulen errichtet, wo den Funktionären das nötige Rüstzeug für ihre Tätigkeit vermittelt wird. Es ging allmählich vorwärts. Wir freuen uns als Funktionäre über jedes neue Mitglied, das in mühsamer Werbearbeit gewonnen war. Auch diese Arbeit wird seit geraumer Zeit bedeutend erschwert. Durch die Rationalisierung ist die Mitgliederwerbung während der Arbeitszeit fast unmöglich. Wir opferten unsere Pausen und Abende, um neue Kämpfer zu gewinnen, zweifelsohne eine starke Belastung nach der schweren Arbeit im Betriebe.

In mühsamer Werbearbeit haben wir nach der Inflation etwa 5 Millionen von 20 Millionen Erwerbstätigen organisiert. Es ist dies die Arbeit von Tausenden von Funktionären. Das Wachstum der Organisation ist ihr Lohn.

Die Gewerkschaften sind ein achtungsgebietender Machtfaktor geworden, den man nicht mehr fortdiskutieren kann. Ohne diesen Fels würde die Arbeiterschaft noch ganz andere Dinge erleben, als die man ihr jetzt zumutet, denn das Unternehmertum ist in seiner Zielsetzung durchaus nicht kleinlich.

Warum können die freien Gewerkschaften nicht alle Anschläge des Unternehmertums abwenden? Weil das wohlorganisierte Unternehmertum außer der ungeheuren Wirtschaftskrise mit ihren drei Millionen Arbeitslosen auch noch 15 Millionen unorganisierter Arbeiter auf ihr Konto buchen können. Diese Tatsache dürfen wir Gewerkschafter nicht übersehen.

Wenn man heute, nach dem Mißerfolg von Berlin, von unseren Kollegen hört, daß jetzt „kurze Fünfte gemacht“ werden müsse, die Führer der Gewerkschaften sollten nicht dauernd „bremsen“, so glaube ich kaum, daß nicht auch jeder Funktionär bereit wäre, einen offenen Kampf gegen das Unternehmertum und seine Trabanten zu wagen. Denn gerade die Funktionäre, Betriebsräte usw. bekommen zuallererst die niederträchtigen Schikanen von jener Seite zu spüren. Aber, Kollegen, ehrlich: wird mit Stimmung Politik, vor allem Gewerkschaftspolitik gemacht? Brauchen wir nicht unbedingt gerade in der augenblicklichen Lage einen kühlen, klaren Kopf? Das Herz hat jetzt nicht mitzusprechen. Unser Herz gehört unserer Sache als Sozialist, sonst könnten ja gerade die Funktionäre die schwere Agitationsarbeit nicht leisten. Unser Verstand hat zu sprechen, wenn es gilt, abzuwägen, wie weit unsere Macht als Gewerkschafter reicht.

Man kann uns wohl einen Schlag versetzen — das muß die Organisation vertragen können. Man kann uns aber nicht zerschlagen, wenn es uns gelingt, den Mißmut unserer Kollegen auf die wirklich Schuldigen zu lenken. Ein klarer Kopf bei unseren Funktionären, die auch in dieser ersten Stunde verstehen, die Kollegenschaft zusammenzuhalten, bringt uns dennoch vorwärts. Sind die Zeiten auch schwer, es geht doch vorwärts. In diesem Sinne an die Arbeit. Funktionäre an die Front!
F. B., Hannover.

Ja, Bauer, das — — —!

Praktische Notwendigkeit und Raummangel brachten es mit sich, daß mein Schreib- und Zeichentisch ins „Allerheiligste“, ins Zimmer des Chefs gesetzt wurde. Ich war daher oft Zeuge mancher mehr oder weniger lehrreichen Begebenheiten, wovon eine mir so beachtenswert erscheint, sie hier zur Kenntnis zu bringen:

Kommt da eines Tages ein junger Schlosser aus dem Betrieb ins Büro zum Chef, um diesem eine übrigens berechtigte Forderung auf Erhöhung seines Lohnes vorzutragen. Es entspinnt sich folgendes Gespräch:

Chef: „Also Lohnerhöhung willst du haben?“ (Der Chef deutet alle jüngeren Leute im Betrieb.) „Hm, sag mal, bist du im Verband?“

Schlosser: „Ja, im Deutschen Metallarbeiter-Verband.“

Chef: „So, und was bezahlst du da?“

Schlosser: „Eine Mark und fünfzig pro Woche.“

Chef (empört): „Das macht ja im Jahr — — — 78 Mark! Spar dir die, dann brauchst du keine Lohnerhöhung!“

Schlosser: „Aber man muß doch — — —“

Chef: „Quatsch mußt du, wenn du Geld hast, fette Bonzen zu ernähren, brauchst du keine Lohnerhöhung, Schlaf.“ — Der junge Mann schleicht bedrückt hinaus.

Dieses Gespräch mag nun an sich nichts Neues bringen, man kann es täglich hören oder in Unternehmerrzeitungen lesen, und ich hätte es auch wohl bald wieder vergessen, wenn sich nicht noch am gleichen Tage das Folgende abgespielt hätte.

Ein Freund des Chefs kommt vorgefahren und fragt ihn, ob er mit zur Arbeiterversammlung fahre.

„Ack ja“, entsetzt sich der Chef, „das hätte ich ja fast vergessen, natürlich muß ich dahin. Ich hätte, die Gesellschaft (gemeint waren die Gewerkschaften) will wieder Lohnforderungen stellen, und da müssen wir uns für bedenken.“

„Denn wissen Sie“, wendet er sich an mich, „wenn wir (gemeint waren die Arbeitgeber) nicht zusammenklicke, dann machten die Leutchen bald mit uns, was sie wollten.“ —

Ich halte meine Faust in der Tasche und schweige, denn wenn ich den Mund aufte, gäbe es für mich nur eins — strampeln gehen! Aber ja, so sind die Herren Unternehmer: sie müssen natürlich organisiert sein, sonst „machten ja die Leutchen mit uns, was sie wollten“, aber der Arbeiter, der darf es nicht sein, denn der bezahlt damit ja nur — fette Bonzen!

Und die Arbeiter selbst? Die haben es zum größten Teil immer noch nicht erkannt, wie wichtig es ist, daß sie sich resolut zusammenschließen und daß, solange sie dieses noch nicht tun, immer noch die Arbeitgeber mit ihnen machen werden, was sie wollen.
Ing. A. I.

Ehrenmänner

Ein günstiger Wind wehte uns folgendes Dokument zu:

Geheimdetektive Tempol!

Leitung: Dir. Franz Hoffmann, Krim.-Komm. a. D.
Berlin SW 19, Köllnischer Fischmarkt 3.
Telefon Berolina 0577

Achtung! Schädlinge in Ihren Betrieben!

Heraus mit diesen radikalen Elementen, sie richten Ihr Unternehmen zugrunde, indem sie Ihre Arbeiter und Angestellten aufwiegeln. Diese Urheber von Streiks und anderen Krawallen müssen aus den Betrieben entfernt werden, sonst folgt langsam aber sicher der Kommunismus!

Im Staats- und eigenen Interesse ist es Pflicht eines jeden Arbeitgebers, rücksichtslos den Kommunismus zu bekämpfen.

Wir säubern ihren Betrieb in kurzer Zeit von all diesen Elementen, indem wir als Angestellte oder Arbeiter unauffällig Ihr Personal beobachten und Ihnen dann Beweismaterial liefern, mit Hilfe dessen Sie in der Lage sind, diese Schädlinge der Industrie und Gesellschaft auszumerzen.

Jedes Hinausschieben dieser Säuberungsaktion wäre Schädigung am eigenen Unternehmen. Darum rufen Sie uns, wir erwarten Ihren Auftrag. Wir erledigen jede Vertrauensangelegenheit heimlich, zuverlässig und schnell.

Hochachtungsvoll

(Stempel)

gez.: Unterschrift

Man sieht daraus, daß es Ehrenmänner gibt, die bereit sind, den Unternehmern bei ihrem Kampf gegen die Arbeiter behilflich zu sein. Wer mit den „radikalen Elementen“ gemeint ist, wissen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die Kommunisten sind es in den allerwenigsten Fällen: denn die Unternehmer wissen, daß deren Tätigkeit die Einigkeit der Arbeiterschaft schwächt. Man gebraucht in dem Schreiben das Wort Kommunismus nur, damit ängstliche Unternehmer dem Kriminalkommissar a. D. Aufträge übermitteln und, was die Hauptsache ist, dafür bezahlen.

Einer unserer Bezirksleiter schreibt zu dem obigen Anbiederungsschreiben:

Ich hatte einmal Gelegenheit, zwei solcher Ehrenmänner kennenzulernen, und zwar war das in Köln auf einem großen Werk. Diese Menschen nannten sich Privatdetektive. Sie boten mir an, gegen Entgelt Material aus dem Privatleben des in Frage kommenden Direktors zu übergeben, das ich dann bei der Lohnbewegung in der Öffentlichkeit benutzen könnte. Einige Mitteilungen wurden mir auch von diesen Menschen, die im Werk gegen Monatsgehalt angestellt waren, sofort unterbreitet. Ich wurde ersucht, den einen, der in Köln wohnte, zwecks näherer Besprechung aufzusuchen. Ich habe dieses abgelehnt. Als mir der Direktor bei einer Verhandlung zur Beilegung der dort ausgebrochenen Streitigkeiten sagte, daß er bereits den stenographischen Bericht meiner Ausführungen vom gestrigen Tage in Reinschrift habe und er mir sie zeige, las ich darunter die Anfangsbuchstaben E. W. Ich zeigte dann dem Direktor das Schreiben von demselben „Herrn“ an mich. Die Folge war, daß die beiden Spitzel sofort an die frische Luft gesetzt wurden.

Jubiläum der Metallarbeiter-Krankenkasse

Am 6. November konnten über 150 000 Metallarbeiter in 1000 örtlichen Verwaltungsstellen auf das fünfzigjährige Bestehen ihrer Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse zurückblicken. Es dürfte mithin angebracht sein, diesem Gedenktag besondere Beachtung zu schenken.

Mit der zunehmenden Vorherrschaft der Maschinen und die Wirkung dieses Entwicklungsganges waren für die Metallarbeiter Betriebsunfälle, Tuberkulose und sonstige schwere gesundheitliche Gefahren verbunden. Sie ersehnten deshalb, ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten zu schaffen. Eine solche in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts an den damaligen Staat gestellte Forderung wurde abgewiesen und trug dazu bei, statt dessen das schandhafte Sozialistengesetz zu verhängen, das der fortschreitenden Arbeiterschaft tausend Jahre Gefängnis einbrachte. In dieser Zeit der größten Not schufen die Metallarbeiter (6. November 1880) sich ihre Krankenkasse und brachten hierdurch den unverkennbaren Willen zum Ausdruck, in Kranken, arbeitsunfähigen Tagen unter allen Umständen gesichert sein zu wollen. Schon im darauffolgenden Jahre erschien eine „Kaiserliche Botschaft“. Hiernach sollten alle Bestrebungen der Sozialdemokratie, alle auf Verbesserung der Lage der Arbeiter abzielende Maßnahmen bekämpft werden, andererseits aber der Staat den Bedürftigen größere Sicherheit und Bestand verschaffen. Zu diesem Zweck sollte unter anderem auch der Entwurf eines Gesetzes einer gleichmäßigen Organisation des Krankenkassenwesens dienen.

Nach dem Inkrafttreten des verheißenen Gesetzes der Krankenversicherung am 1. Dezember 1884 zeigte sich schon, daß die Metallarbeiter-Krankenkassen festen Boden gefaßt hatte. Durch die unzureichenden Leistungen der im Werden begriffenen gesetzlichen Krankenkassen wurde die Metallarbeiter-Krankenkasse nicht allein nicht überflüssig, sie wurde mehr ausgebaut. Sie mußte die Mission als Zuschußkasse übernehmen. Diese erfüllt sie heute noch.

Manch drohendes Elend vermochte sie von ihren Mitgliedern abzuhalten, manche Not hat sie gelindert und manche Träne getrocknet. Unter den allerschwerigsten Verhältnissen, ganz besonders beeinflusst von der Ungunst des Krieges durch Mitgliederverlust, die spätere Inflation und der jetzigen furchtbaren Arbeitslosigkeit steht sie trotzdem mit ungebeugter Kraft da. Sie hat oftmals mehr getan, als sich in Worten ausdrücken läßt.

So wie bisher, wird die Metallarbeiter-Krankenkasse auch in Zukunft ihren Dienst an ihren Mitgliedern erweisen. Sie wird ein Tröst und Helfer, ganz besonders im Zeitalter der konstanten Arbeitslosigkeit, sein, wo der ausgesteuerte Unterstützungsempfänger von keiner Seite mehr Krankengeld erhält. Hierdurch sowie durch den Leistungsabbau in den reichsgesetzlichen Krankenkassen durch die Notverordnung erhält die Metallarbeiter-Krankenkasse eine erneute Berechtigung. Sie wird die Mission zu übernehmen haben, daß ein ausreichendes Krankengeld die Voraussetzung für einen ärztlichen Erfolg ist und daß die Daseinsgrundlage eines Erkrankten durch Krankengeld erst ermöglicht wird. Diese Mission wird erfüllt von der Metallarbeiter-Krankenkasse durch Selbsthilfe und Selbsthilfe war und bleibt die beste Hilfe.
Anton Leufen.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 30. November ist der 49. Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. November bis 6. Dezember 1930 fällig.

Im Hauptbüro unseres Verbandes sind

einige Stellen

zu besetzen. Wir suchen:

1. einen journalistisch befähigten Mitarbeiter, dem das Zeitungsarchiv untersteht,
2. einen Mitarbeiter für sozialpolitische Angelegenheiten, insbesondere für die Behandlung der Fragen des Gesundheitsschutzes und der Unfallgefahr in der Metallindustrie,
3. einen Mitarbeiter für Lichtbild und Filmabteilung,
4. eine Kollegin für alle Arbeiterinnenfragen in der Metallindustrie.

Die Bewerber müssen eine mindestens fünfjährige Verbandsmitgliedschaft bzw. eine fünfjährige gewerkschaftliche Zugehörigkeit und Tätigkeit nachweisen, über eine gute Allgemeinbildung verfügen und eine gute Kenntnis der Arbeiterbewegung sowie der inneren und der äußeren Einrichtungen des Verbandes besitzen.

Mit der Bewerbung ist ein Lebenslauf einzureichen, aus dem die bisherige Tätigkeit ersichtlich ist.

Der Bewerbung ist ein besonderer Aufsatz beizufügen, der die Aufgaben und die Tätigkeit des Postens behandelt, für den sich der (die) Betreffende bewirbt. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Verbandstage.

Bewerbungen sind längstens bis zum 6. Dezember d. J. in verschlossenem Umschlag, der die Aufschrift „Bewerbung“ trägt, an den Vorstand, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148, einzureichen.
Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten

von Metallarbeitern aller Branchen nach Hameln D.;
von Metallrüdern nach St. Louis in Ober-Elsaß (Fa. Gröninger, Aluminiumfabrik) D.;
von Silberarbeitern nach Burgdorf i. Hann. A. u. St.;
von Werftarbeitern nach Bodenwerder bei Hameln D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von der Ortsverwaltung über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

Emil Kammerer, Schweningen †

Überraschend kommt die Kunde, daß Emil Kammerer, Bevollmächtigter unserer Verwaltungsstelle in Schweningen, verschieden ist. Ein Herzschlag riß ihn aus seiner Arbeit für die organisierten Metallarbeiter. Kammerer hat nur ein Lebensalter von 46 Jahren erreicht. Im Schwarzwald geboren, widmete auch der Verstorbene seine Lebensarbeit dem Schwarzwälder Proletariat. Von Beruf war er Maschinenschlosser, und den Anschließ an die moderne Arbeiterbewegung fand er auf der Walze. Im Jahre 1904 trat er dem Metallarbeiter-Verband als Mitglied bei. In die Heimat zurückgekehrt, wirkte er mit Eifer für die neugewonnenen Ideen. Politisch setzte er sich für die Sozialdemokratie ein. Das fand in der Übertragung wichtiger politischer Ehrenämter volle Anerkennung. Im Jahre 1921 wurde er in Lahr als Geschäftsführer für unseren Verband angestellt und trat 1928 den Wechsel nach Schweningen an, wo er seither mit Erfolg wirkte. Ein hilfsbereiter und arbeitsamer Kollege ist vor uns gegangen, dessen Person tief in den Nöten des leidenden und ringenden Proletariats wurzelte. Die Kollegen stehen trauernd an der Bahre des Frühverstorbenen, dessen Andenken über das Grab hinaus gewahrt bleibt.

Deutscher Bauhüttenstag

Ende Oktober fand in Berlin eine Jubiläumsfeier der sozialen Baubetriebe statt. Sie bestehen zehn Jahre, und die Arbeiterschaft hat allen Grund, dieses Zweiges wirtschaftlicher Selbsthilfe zu gedenken. Im Theater der Berliner Volksbühne wurde das Jubiläum festlich begangen. Die Begrüßungsrede hielt der Vorsitzende der Baubetriebe und des Bauwerksbundes Nikolaus Bernhard. Da diese Feier durch Rundfunk übertragen wurde, wurde die Öffentlichkeit davon unterrichtet, daß es gemeinwirtschaftliche Baubetriebe, aufgebaut von der Arbeiterschaft, gibt, die 18 000 Arbeiter beschäftigen, 70 000 Wohnungen in zehn Jahren gebaut haben und das Muster gut aufgebauter Betriebe sind.

Anschließend daran fand der Siebente Bauhüttenstag statt. In seiner Begrüßungsansprache ging Bernhard auf die Wirtschaftslage ein, deren Druck besonders auf den Bauhütten lastet. Den Hauptvortrag hielt Rudolf Wissell über die Zusammenarbeit der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterschaft und der Konsumenten. Die kapitalistische Wirtschaft kennt, so erklärte Wissell, nur das Profitstreben und den persönlichen Vorteil. Die Arbeiterschaft stellt dem die Gemeinwirtschaft gegenüber. Leider ist aus den vielen Programmen über die Sozialisierung sehr wenig in die Praxis übergeführt worden. Die Bauhüttenbewegung ist ein Versuch, eine fruchtbringende Idee in die raue Wirklichkeit umzusetzen. Trotz allen Anfeindungen bauen die schaffenden Männer des Volkes am Bau der Gemeinwirtschaft weiter. Die Entwicklung der Konsumentgenossenschaften der Arbeiterbank, der sozialen Baubetriebe zeigt, daß die profitlose Gemeinwirtschaft marschiert. Die Bauhütten haben mit dem Programm erhoben wurde und eine so breite Anhängerschaft gewinnen konnte.

Der fehlerhafte Zirkel

Nach dem Schiedsspruch in der Metallindustrie

Man wird in der Frage der Lohnsenkung unter keinen Umständen zu einem richtigen Ergebnis gelangen, wenn man nicht zum Ausgangspunkt die gewaltige Steigerung der Leistungsfähigkeit nimmt. Durch die Rationalisierung wurden Millionen von Arbeitskräften freigesetzt, gleichzeitig aber die Produktionsanlagen in einer ganzen Anzahl von Industriezweigen so stark ausgebaut, daß sie selbst im Falle einer guten Konjunktur nicht ausgenutzt werden können. Für die Verschärfung der gegenwärtigen Krise sind noch viele Umstände verantwortlich: politische Unsicherheit, Kapitalflucht, die Not der Gemeindefinanzen, die Schwierigkeiten der Kapitalzufuhr vom Ausland u. a. Die entscheidende Tatsache jedoch liegt darin, daß auf der einen Seite die Erstellung von Produktionsanlagen heute in großen Teilen der Industrie bereits beendet ist und daher eine neue Anlagentätigkeit in diesen Industriezweigen zunächst nicht erfolgen kann, zum anderen darin, daß infolge der gewaltigen Arbeitslosigkeit keine Nachfrage nach den Waren vorhanden ist, die mit Hilfe des vergrößerten Produktionsapparates hergestellt werden könnten.

Die Lohnsenkung bewirkt Verschiebungen der Kaufkraft. Diese Verschiebungen erfolgen jeweils anders, je nachdem ob 1. die Lohnsenkung ohne entsprechende Preissenkung durchgeführt wird, ob 2. die Preise weniger als die Löhne gesenkt und ob 3. die Preise entsprechend der Lohnsenkung ermäßigt werden.

Sehen wir uns an, wieweit Spielraum für die Unterbringung von Arbeitslosen bei jeder dieser drei Möglichkeiten vorhanden ist. Da sowohl die Arbeiter wie die Rentner und Festbesoldeten Konsumartikel kaufen und nicht Produktionsmittel, so müssen wir unter dem Gesichtspunkt ihrer Kaufkraft die Preissenkung nur soweit berücksichtigen, als es sich um die Preise für Verbrauchsartikel und Dienstleistungen (Miete, Verkehr), das heißt um die Senkung der Lebenshaltungskosten, handelt. Die Preissenkung für Produktionsmittel kommt nur soweit in Frage, als sie mittelbar zur Preissenkung der Lebenshaltungskosten führt.

1. Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht. Diese Möglichkeit ist trotz aller Beteuerungen der Regierung nicht von der Hand zu weisen, zumal die Kosten für Ernährung durch die Agrarschutzzölle steigen, die Steuerlast der Arbeiter sich erhöht, die Mieten ebenfalls und die öffentlichen Dienstleistungen infolge der Finanzkrise verteuert werden. Kein Zweifel, daß die Unternehmer eine solche Lohnsenkung wünschen, die nicht von Preissenkungen begleitet ist. Sie machen kein Hehl daraus, daß sie die Erhöhung der Rentabilität allein von der Senkung ihrer Selbstkosten durch Lohnermäßigung erwarten.

Was geschieht dann, wenn die Löhne ohne Preissenkung gesenkt werden? Es erfolgt eine Kaufkraftverschiebung zugunsten der Unternehmer. Die Nachfrage der Arbeiterschaft nach Verbrauchsartikeln muß weiter zurückgehen. Wer nun aber denkt, daß dieser Ausfall ausgeglichen wird dadurch, daß die Unternehmer auf Grund ihrer erhöhten Gewinne ihre Anlagentätigkeit erheblich erweitern, verkennt die gegenwärtige Lage gründlich.

Weshalb soll der Unternehmer Neuanlagen auführen, die bestehenden erweitern? Die inländische Nachfrage sinkt. Er könnte allerdings, wie angenommen wird, mehr als früher exportieren, wenn seine Selbstkosten sinken. Auch das ist aber eine unsichere, ja falsche Annahme. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß die Ausfuhr weitgehend unabhängig von unserer Preisstellung auf dem Weltmarkt zurückgehen wird, da die Kaufkraft jener Länder, wohin wir die Waren ausführen, gerade infolge des Preissturzes für die Rohstoffe, die wir von ihnen billig beziehen, geschmälert, ihre Aufnahmefähigkeit für unsere Produkte eingeschränkt wurde. Selbst aber im Falle, daß die Nachfrage nach Konsumartikeln nicht nachlassen würde, brauchte der Unternehmer seine Anlagen, die bereits überdimensioniert sind, nicht auszudehnen. Es gibt freilich noch viele Anlagemöglichkeiten in der deutschen Wirtschaft: im Wohnungsbau, bei den öffentlichen Betrieben, aber auch in der Privatwirtschaft, sofern es sich um konsumnahe Industrien handelt. Jedoch führt Lohnsenkung auch hier nicht zum Ziel, mit anderen Worten, von der Lohnsenkung kann man eine baldige Erweiterung der Anlagentätigkeit nicht erwarten. Deshalb würde Lohnsenkung ohne Preissenkung im wesentlichen einer Kaufkraftvernichtung gleichkommen. Lebendige Kaufkraft würde in eine tote verwandelt. Die Unternehmer könnten mit ihren Gewinnen nichts anfangen, diese würden auf dem Geldmarkt nutzlos herum schwimmen oder ihren Weg nach dem Ausland finden.

2. Die Löhne werden gesenkt, auch die Preise fallen, jedoch nicht so stark wie die Löhne. Erfolg: die Arbeiterschaft kann weniger kaufen, die Bezieher fester Einkommen (Rentner, Festbesoldete, soweit ihre Bezüge nicht geschmälert werden, Unternehmer für ihren persönlichen Gebrauch) mehr. Die Unternehmerrgewinne steigen, jedoch in geringerem Umfange wie im ersten Fall. Man sieht nicht, wie bei dieser Sachlage die Arbeitslosigkeit behoben werden könnte. Die Gesamtkaufkraft wird in einer Weise verschoben, daß die Nachfrage nach Verbrauchsartikeln nicht steigen kann. Macht doch die Arbeiterschaft die große Masse der Konsumenten aus. Ihr Kaufkraftausfall könnte durch die verstärkte Kaufkraft der übrigen Schichten für Konsumartikel nicht einmal ausgeglichen, geschweige denn überholt werden. Diese Lösung würde im besten Fall eine arge Verschärfung der Krise verhindern, keineswegs aber zur Erleichterung der Arbeitslosigkeit führen.

3. Die Preise entsprechend der Lohnsenkung ermäßigt werden. Die Arbeiterschaft kann ebensoviel wie bisher kaufen. Die anderen Schichten — Rentner, Festbesoldete, Unternehmer — können mehr als bisher Verbrauchsartikel nachfragen. Der Unternehmerrgewinn bleibt zunächst auf der alten Höhe und steigt dann in der Folge durch die bessere Ausnutzung der Produktionsanlagen.

Dieses wäre der günstigste Fall, der vielen Anhängern der Lohnsenkung mit gleichzeitiger Preissenkung vorschwebt. Es muß füglich bezweifelt werden, daß dieser Fall eintreten kann.

Nehmen wir aber das Unwahrscheinliche an, daß nämlich die Preise in dem Umfang der Lohnsenkung ermäßigt werden. Glaubt man, daß in diesem Fall ein großer Teil der Arbeitslosen in der Produktion untergebracht werden kann? Die Nachfrage nach Konsumartikeln würde in diesem Fall nur um ein wenig erhöht werden, nämlich um die vermehrte Nachfrage der anderen Volksschichten, deren Einkommen gleichgeblieben ist. Jedoch kann in der rationalisierten Produktion eine viel größere Produktmenge als heute mit einer geringen Vermehrung der Belegschaft hergestellt werden. Und damit kommen wir zum entscheidenden Punkt. Denn unter solchen Umständen kann die Aufsaugung des Arbeitslosenheeres, soweit das heute überhaupt möglich ist, allein durch eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden: Die Lohnsenkung — und das ist das Traurigste an



dem Berliner Schiedsspruch — verbaut den Weg zu einer Arbeitszeitverkürzung. Diese kann nämlich unter den gegebenen Machtverhältnissen nicht mit einem vollen Lohnausgleich verbunden werden, ja es steht zu befürchten, daß ein Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung in vielen Fällen überhaupt kaum erreicht werden kann. Wie kann man jedoch einem Arbeiter, dessen Lohn eben gekürzt wurde, zumuten, daß er, ehe sein Reallohn durch die erfolgte Preissenkung wieder hergestellt wurde, noch den weiteren Lohnausfall auf sich nehme, der durch die Verkürzung der Arbeitszeit entsteht?

Wie immer und von welcher Seite aus man das Problem betrachtet, man kommt unfehlbar zum Schluß, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt Lohnsenkung als „Heilmittel“ schlimmer als eine Krankheit ist. Sie würde die Krise mit aller Wahrscheinlichkeit verschärfen, in dem unwahrscheinlichen Fall, daß die Lebenshaltungskosten im selben Umfang wie die Löhne sinken, vielleicht etwas erleichtern, sie kann aber unter keinen Umständen heute zur Aufsaugung des Arbeitslosenheeres führen. Und da es jetzt vor allem darauf ankommt, gefährdet der Feldzug gegen die Löhne gerade das Schicksal der Arbeitslosen.

Gewerkschaftsmitglieder in Großbritannien

Die amtliche Labour Gazette veröffentlicht eine Zusammenstellung der Gewerkschaften und Gewerkschaftsmitglieder in Großbritannien. Danach gab es Ende 1929 nicht weniger als 1114 selbständige Gewerkschaften, gegen 1126 Ende 1928. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug Ende 1929 4 833 000, gegen 4 794 000 Ende 1928 (also eine Steigerung um 0,8 vH), davon rund 800 000 Frauen. Zum erstmalig seit 1924 kann eine höhere Gesamtmitgliederzahl und eine geringere Zahl von Gewerkschaften verzeichnet werden. Zum besseren Vergleich wird auch der Stand des Jahres 1913 angegeben, in welchem Jahre 1269 Gewerkschaften und 3 702 000 Mitglieder gezählt wurden. Während der Mitgliederstand somit um rund 700 000 gestiegen ist, ist die Zahl der Gewerkschaften um 155 zurückgegangen, und zwar vor allem durch Verschmelzung berufsverwandter Gewerkschaften. Den Höhepunkt ihrer Zahl erreichte die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1920 mit 1368 Gewerkschaften und einer Mitgliederzahl von 8 339 000.

Die auf organisatorischem Gebiete bestehende große Zersplitterung wird einigermaßen durch das Bestehen der die Gewerkschaften bestimmter Industrien umfassenden Föderationen ausgeglichen. Während es im Jahre 1917 noch 182 solcher Föderationen gab, ist die Zahl bis 1929 auf 78 (mit insgesamt 3 282 000 Mitgliedern) zurückgegangen. Dies kann hauptsächlich auf die Verschmelzung verschiedener Verbände zurückgeführt werden. Es bestehen zum Beispiel jetzt bereits 9 Verbände mit über 100 000 Mitgliedern (insgesamt 1 707 000 Mitglieder), während im Jahre 1913 nur 4 Verbände über 100 000 Mitglieder zählten.

Die Bestrebungen auf Zusammenschluß von berufsverwandten Gewerkschaften werden fortgesetzt. So stehen zurzeit die Verhandlungen über die Verschmelzung der in der Bauarbeiter-Föderation vereinigten Bauarbeiterorganisationen zu einem einheitlichen Baugewerkschaftsbund vor ihrem Abschluß.

Reichskonferenz für die Waggonindustrie

Die Konferenz tagte am 2. November in Würzburg, um Stellung zu nehmen zu einer Reihe von Berufs- und Wirtschaftsfragen. Das Vorstandsmitglied, Kollege Metz, Berlin, sprach über die Lage der deutschen Waggonindustrie. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß in der Vorkriegszeit 40 Waggonbauanstalten in Deutschland gezählt wurden. Infolge der großen Staatsaufträge verdoppelte sich die Zahl bis zum Kriegsende, und die Leistungsfähigkeit war durch ihren Ausbau der bestehenden Betriebe ganz außerordentlich gestiegen. Damit war die Entwicklung keineswegs abgeschlossen. Bis Herbst 1923 stieg die Zahl der Betriebe auf etwa 100. Die Ursachen der erheblichen Übersetzung waren in der Hauptsache die Verluste und der Raubbau am rollenden Material während des Krieges, die umfangreiche Ablieferung von Waggonen auf Grund des Waffenstillstandsvertrages, die Abtretung der Waggonen, die sich im Bereich des an die Siegerstaaten fallenden Eisenbahnnetzes befanden, und schließlich die umfangreiche Reparatur des herabgewirtschafteten Materials. Außerdem trug die großzügige Auftragserteilung der Reichsbahn während der Inflation noch zur Übersetzung der Waggonindustrie bei. Durch den plötzlichen Ausfall der umfangreichen Aufträge der Reichsbahn trat Verwirrung in dem Gewerbe ein. Ein Teil der Betriebe suchte sein Heil in der Umstellung auf andere Produktionszweige, ein anderer Teil verfiel dem Konkurs oder der Stilllegung. Die Zahl der ausfallenden Betriebe reichte aber bei weitem nicht aus, eine Gesundung herbeizuführen. Der Versuch einer Zusammenfassung der leistungsfähigsten Fabriken zu einem einheitlich geleiteten Unternehmen scheiterte. Da der Trustgedanke in der Waggonindustrie nicht Wurzel fassen konnte, wurde im Dezember 1926 die Waggonbau-Vereinigung (Deuwi) gegründet, die mit der Reichsbahn einen Vertrag schloß, wodurch den der Vereinigung angehörenden Werken 90 vH der Aufträge der Reichsbahn gesichert wurden. Die Außenseiter mußten sich mit den übrigen 10 vH begnügen. In der Deuwi wurden die Reichsbahnaufträge nach der damals bestehenden Leistungsfähigkeit der Werke aufgeteilt. Die Außenseiter und die weniger leistungsfähigen Werke der Deuwi kamen dadurch in eine schwierige Lage. Ein Betrieb nach dem andern verschwand, und die Konzentration in der Waggonindustrie wurde gefördert. Im Laufe der Zeit bildeten sich mehrere Konzerne, von denen die wichtigsten „Ostwagon“ und „Westwagon“ sind. Von der vom DMV vorgenommenen Erhebung im August d. J. wurden nur noch 44 Betriebe mit 24 466 im Waggonbau beschäftigten Arbeiter erfaßt.

Durch die Rationalisierung steigerte sich die Arbeitsleistung, und es fand eine Umschichtung der Arbeiterschaft statt. Bemerkenswert ist auch hier die Zunahme der Frauenarbeit. Die Lehrlinge haben gleichfalls zugenommen. Die Frauenarbeit finden wir vorwiegend in der Poliererei, Bohrererei, Magazin, teilweise beim Nietwärmen. In der Schreinererei, Lackiererei und Sattlerei haben die Frauen ebenfalls Eingang gefunden. In Sachen der Löhne verwies der Redner auf die den Delegierten gegebene Broschüre. Weiter streifte der Redner die Art der Produktion. Durch die zurückgegangenen Reichsbahnaufträge sah sich die Waggonindustrie gezwungen, dem Auslandsgeschäft größere Bedeutung zuzumessen. Der stark einsetzende Wettbewerb führte zu einem internationalen Waggonkartell, dessen Folge eine Stabilisierung der Preise sein wird. Der Redner ging noch näher auf die Entwicklung der einzelnen Konzerne ein. Gegenwärtig entfallen 62,7 vH der erfaßten Arbeiter auf die Konzernwerke. An erster Stelle steht „Ostwagon“ mit fast ein Viertel aller Arbeiter, es folgt „Westwagon“ mit 17,2 vH, Orenstein & Koppel mit 8 vH, die Eisenbahn-Verkehrsmittel AG mit 7,9 vH und die Gute-Hoffnungshütte mit 6,2 vH.

Daß trotz der Übersetzung der Waggonindustrie die Lage der größeren Werke keine schlechte ist, wies der Redner an den Bilanzen nach. Zum Schluß kam der Redner noch auf Mißstände zu sprechen. Vor allem klagten die Betriebsräte der Waggonindustrie über die späte Erteilung der Aufträge und Ausgabe der Zeichnungen. Dadurch haben sich ganz wesentliche Mißstände herausgebildet, die sich in einer starken Antriebserei und in Überstunden äußern. Ferner wird versucht, die Belegschaften der Werke gegeneinander auszuspielen, indem behauptet wird, daß die Konkurrenzwerke bedeutend billiger arbeiten. Dem, sehr beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine lebhaftige Aussprache.

Es kam eine ganze Reihe Redner aus verschiedenen Orten und Betrieben zum Wort. Von ihnen wurde hervorgehoben, daß die Auftragserteilung schneller und pünktlicher erfolgen müsse, sollten die Kollegen in den einzelnen Werken nicht Schaden leiden. Die Redner dankten dem Vorstand, daß er die Konferenz und damit eine Aussprache der Vertreter der Werke ermöglicht und das eingegangene Material zu einer wertvollen Broschüre zusammengestellt hat. Kollege Metz ging in seinem Schlußwort näher auf die Wünsche, Beschwerden und Mißstände ein und versprach, daß der Vorstand alles daransetzen werde, die Mängel zu beseitigen.

Mit einigen anfeuernden Worten des Kollegen Metz fand die von kollegialem Geiste getragene Zusammenkunft ihr Ende. Vorher wurde noch die folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Entschließung:

„Die Reichskonferenz der Vertreter der in der Waggonindustrie beschäftigten 25 000 Arbeiter stimmt den Ausführungen des Referenten, Kollegen Metz, zu, der den Stand der Dinge in der Waggonindustrie durchaus erschöpfend und zutreffend schilderte. Sie ersucht die in Frage kommenden Vorstände der Verbände der Arbeitnehmer, die in der Diskussion vorgetragene Mängel in der Organisation bei Vergebung von Aufträgen durch das Zentralamt durch geeignete Maßnahmen abzustellen. Diese Mängel, die die nachteiligsten Folgen für alle Beteiligten haben, können nur beseitigt werden, wenn erschöpfend an die Reichskommission berichtet wird. Die Konferenz hält es weiter für notwendig, bei der Reichsbahn dahin zu wirken, daß Bleifarben, die für viele Arbeiter schwerste Gesundheitsschädigungen bringen, beim Waggonbau keine Verwendung mehr finden.“

Die Konzentration und Rationalisierung in der Waggonindustrie bringt für die Arbeitnehmer besonders schwere Schädigungen. Die Existenz vieler in der Waggonindustrie Beschäftigter ist dadurch gefährdet. Gegen Härten und Ungerechtigkeiten kann nur dann mit Erfolg vorgegangen werden, wenn alle in der Waggonindustrie Beschäftigten sich der zuständigen Organisation anschließen und den Kampf gegen die Mißstände einig und geschlossen führen.“

Die Rohstahlgemeinschaft vorläufig gerettet. Die Internationale Rohstahlgemeinschaft, das Dachkartell der europäischen Schwereisenindustrie, befindet sich seit längerer Zeit in einer Krise. Man rechnete bereits mit einem Verfall des Kartells. Nach neuesten Meldungen ist eine Einigung über alle Streitfragen neuem herbeigeführt, so daß die IRG bis Ende 1930 bestehen bleiben wird. Die Produktionseinschränkung auf eine Jahresproduktion von 27 Mill. t bleibt bestehen. Trotz dieser Einigung ist es noch nicht sicher, ob die IRG für alle Zukunft bestehen bleiben wird. Die Schwierigkeiten sind eben zu groß, um sie durch Verhandlungen überwinden zu können. Mehr oder weniger befinden sich alle internationalen Kartelle zurzeit in einer schweren Krise.

SCHRIFTENSCHAU

Kinderland 1931. Unter den Jahrbüchern für Kinder nimmt „Kinderland“ einen besonderen Platz ein. Der Herausgeber ist die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Deutschlands.

und ähnliche Winke sind sicher jedem willkommen. Fröhlichkeit und Übermut kommen nicht zu kurz. Dazu kommen noch eine große Anzahl Bilder, acht ganzseitige farbige Bilder, so daß schon diese Auswahl aus dem Inhalt genügen dürfte.

natürlich die Ereignisse in der Arbeiterbewegung im Vordergrund stehen. Die große Menge politischer Zitate, die namentlich auch aus neueren Werken unserer Geistesrichtung gewonnen werden, bilden eine vollkommene Fundgrube für viele Redner.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148

EIN ABSOLUT REINES Naturprodukt

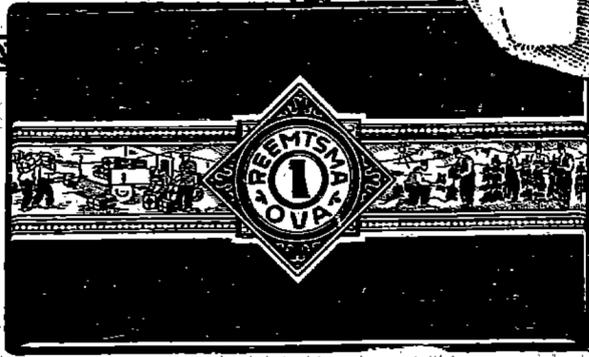
ALLERREDELSTER TABAKE

REEMTSMA CIGARETTEN

OVA

Araberformat 5 Pf.

In der Reinheit liegt die Garantie für einen vollen Genuß dieses edlen Geschenkes der Natur - und zugleich die Gewißheit der Bekömmlichkeit.



Elektromeister durch Fernunterricht... Prospekt 8 freil. - Privatlehrer Dipl.-Ing. LESSER.

Wilhelm Pahr jetzt: Berlin, Brunnenstraße 78

Siegel Ringe... DIE GROSSE MODE aus acht 14 Karat Gold...

Knippen Sie schon? Wir liefern jede Markenkamera wie Agfa, Nodel, Voigtlander, Patent, Zeiss...

PHOTO PORST N U M B E R G... Lorenzplatz 106/6

Kollegen! Lest die Betriebsrats-Zeitschrift... Umsonst...

Metallbetten... TEILZAHLUNG... SCHULZ & GUNDLACH

Billige böhmische Bettfedern... Nur reine gutgefüllte Sorten...

Die Kunstlerpuppe... Diese Kunstlerpuppe...

Billige böhmische Bettfedern!... 1 Pfd. große, gut gefüllte...

So billig nie nirgends... Weihnachtskatalog gratis! Sigurd-Schulz & Co. Handelsgesellschaft, Nessel 439

Billige böhmische Bettfedern... Nur reine gutgefüllte Sorten...

Musik Radio Sprechmaschinen... TEILZAHLUNG... SCHULZ & GUNDLACH

Ca. 10000 Uhren verkaufe ich jährlich... Horfeld & Cie. Neuenrade Nr. 61

Billige böhmische Bettfedern!... 1 Pfd. große, gut gefüllte...

90000 zufriedene dankbare Kunden! Edelton... Die Spitzenleistung der deutschen Sprechmaschinen-Industrie

Neue Gänsefedern... von der uns genügt, zu dämmen, wapp, gewaschen und gereinigt...

Heil- und Wundsalbe... Kloster-Industrie... Kloster-Apotheke Kloster Indersdorf 27 (Bayern)

Mein Weihnachtsangebot... Edel-Franklin M 6.30... Qualit. Schokolade...

Josef Witt, Weiden (Oberpfalz)... 31472 Spindeln in eigener Spinnerlei... 1496 Webstühle in eigenen Webereien

Ausnahme-Angebot! Gültig nur kurze Zeit... 11 Baumwollgewebe, ungebleicht... 23 Wolltücher, gute, beliebte Sorte...